



### Klimaschutz

S. 4

Kaum hat sich die EU mithilfe der Bundeskanzlerin auf ehrgeizige Klimaschutzziele verständigt, da fragt sich NRW: Wie verträgt sich damit der Bau neuer (Braun-)Kohlekraftwerke? Und sollen die alten weiterlaufen?

### Chancen

S. 9

Beim Lernen sind Mädchen den Jungen oft voraus. Die Landesregierung will etwas dagegen tun, dass Jungen die Schulausbildung viel häufiger abbrechen: Sie sollen nicht länger „Bildungsverlierer“ sein. Aber wie?

### Engagement

S. 10

Ohne Jugend ist kein Staat zu machen – die deutschen Landtage wollen noch stärker daran arbeiten, dass junge Leute sich interessieren und politisch engagieren. Bericht von der Präsidentenkonferenz in Düsseldorf.

### Mitbestimmung

S. 18

Begleitet von Protest und Demonstration draußen fand drinnen im Landtag eine Anhörung zur Absicht der Landesregierung statt, das Personalvertretungsgesetz des Landes wieder dem Bundesrecht anzunähern.

## Im Auftrag des Volkes Die 187 Abgeordneten im Bild

Foto: Schälte

**NORDRHEIN-  
WESTFALEN**  
**TAG**  
Paderborn 2007  
25. – 26. August

### Gutes Gelingen!

Willkommen in Ostwestfalen! Willkommen in der Großstadt, Libori-Stadt, in der Stadt des Mittelalters und der Hanse, Stadt des Wissens, der ältesten europäischen Städtepart-

nerschaft und Bischofssitz. Dass das ehrwürdige Paderborn 1.200 Jahre alt wurde, ist nun auch schon wieder 30 Jahre her. Doppelt so lange gehört die Paderstadt zu Nordrhein-Westfalen, das im vergangenen Jahr 60 Jahre alt wurde. Jetzt sind die Menschen aus Paderborn und Umgebung zum

ersten regionalen Nordrhein-Westfalen-Tag nach diesem Landesjubiläum eingeladen. Der bietet jede Menge Gelegenheit zu Information und Unterhaltung, zum Schauen, Hören und miteinander Reden. Paderborn, der Landtag, das Land NRW – zwei Tage für drei Partner. Gutes Gelingen!

# Inhalt

<b>Inhalt/Kommentar</b>	<b>2</b>
<b>Mehr Geld für frühe Bildung</b>	<b>3</b>
<i>Regierung legt KiBiz-Text vor – Opposition: „Taschenspielertricks“</i>	
<b>Braunkohle und Klimaschutz</b>	<b>4</b>
<i>Einigkeit im Ziel und Gegensätze bei der Strategie</i>	
<b>Steuerquellen sprudeln kräftig</b>	<b>5</b>
<i>Kontroverse Plenardebatte über den Nachtragshaushalt 2007</i>	
<b>Freie Fahrt für neue Förderung</b>	<b>6</b>
<i>Koalition setzt Systemwechsel durch – Zahl der Verbände sinkt</i>	
<b>Anlieger in großer Sorge</b>	<b>7</b>
<i>Trassenführung und Sicherheit der neuen Pipeline umstritten</i>	
<b>Daseinsvorsorge und Wettbewerb</b>	<b>8</b>
<i>SPD will mit Antrag kommunale Verantwortung sichern</i>	
<b>Sind Jungen die Bildungsverlierer?</b>	<b>9</b>
<i>Koalition fordert Ausbau der individuellen Förderung an Schulen</i>	
<b>Die Jugend gewinnen</b>	<b>10</b>
<i>Parlamente einigen sich auf Aktionen für junge Menschen</i>	
<b>Zwei Stimmen bei der Landtagswahl</b>	<b>11</b>
<i>Wahlrechtsänderung steht bevor – Schon ab 16 an die Urne?</i>	
<b>Die Abgeordneten des 14. Landtags Nordrhein-Westfalen</b>	<b>12-17</b>
<i>Ein aktueller Service von „Landtag intern“</i>	
<b>Wörtchen mit Wirkung</b>	<b>18</b>
<i>Wirtschaften und Wählen auf kommunaler Ebene</i>	
<b>Streit um Mitbestimmung</b>	<b>19</b>
<i>Anhörung zur geplanten Novellierung des Personalvertretungsrechts</i>	
<b>„Nichtstun ist keine Alternative“</b>	<b>20</b>
<i>Energie-Ausschuss hört Experten zu neuen Kraftwerks-Technologien</i>	
<b>Feinstaub – die unerforschte Gefahr?</b>	<b>21</b>
<i>Fachleute diskutieren über Ursachen und Lösungen</i>	
<b>Aktuelles aus den Ausschüssen</b>	<b>22</b>
<b>Auf dem Weg zum gläsernen Betrieb?</b>	<b>23</b>
<i>Sachverständige zu Vor- und Nachteilen von zwei Gesetzentwürfen</i>	
<b>Aus den Fraktionen</b>	<b>24-25</b>
<b>Ziel: Gerechtere Arbeitszeiten</b>	<b>26</b>
<i>Ausschuss hört Experten zu neuen Berechnungsmodellen</i>	
<b>Porträt: Franz-Josef Knieps (CDU)</b>	<b>27</b>
FCL: Alle Chancen versiebt	27
Impressum	27
<b>Geburtstage und Personalien</b>	<b>28</b>



# Das Werben der Politik

**D**er Landtag, das unbekannte Wesen? Das kann doch nicht wahr sein! Wofür sind Plenar- und Ausschusssitzungen öffentlich, werden Arbeitsbilanzen vorgelegt, Besucher in das „Hohe Haus“ eingeladen? Wieso berichten die Medien regelmäßig über Themen aus der Volksvertretung und wozu gibt es kostenlose und frei zugängliche Informationen, die der Landtag verbreitet? Ganz abgesehen von der Arbeit, die die Abgeordneten in und für ihren Wahlkreis leisten.

Trotzdem – niemand wird bestreiten wollen, dass es Informationsdefizite, Berührungsängste, auch Desinteresse gibt. Transparenz ist immer erst ein Angebot. Eine Botschaft muss auch entgegengenommen werden.

Was ist besser dafür geeignet, als der unmittelbare, persönliche Kontakt? Im letzten Jahr, als Landtag und Land ihren 60. Geburtstag feierten, besuchten über 60.000 Bürgerinnen und Bürger am Tag der offenen Tür ihre Volksvertretung. Ein toller Erfolg! Jetzt im Jahr danach geht der Landtag auf Tour und beginnt zusammen mit der Landesregierung die Reihe der Nordrhein-Westfalen-Tage. Der erste regionale ist in Paderborn, demnächst trifft man sich in Wuppertal.

## APPELL AN DIE JUGEND

Der Landtag wartet also nicht, dass man auf ihn zukommt. Er sucht die Menschen auf. Sein besonderes Interesse gilt dabei der jungen Generation. „Ohne Jugend ist kein Staat zu machen“ – das ist nicht nur der Titel der vor kurzem gefassten Resolution der Präsidentenkonferenz (siehe Seite 10), sondern auch ein ernster Appell an Politik und Gesellschaft. Die Aufforderung zu Transparenz und die Bitte um Mitarbeit in der Demokratie. Junge Menschen stehen dabei zu Recht im Mittelpunkt des Werbens. Sie sind die Zukunft, umso mehr, als diese Gesellschaft immer älter wird. Sie müssen bereit sein, Verantwortung zu übernehmen.

Da ist Paderborn, die alte Stadt und einer der größten IT-Standorte Deutschlands, eine hervorragende Wahl für den Nordrhein-Westfalen-Tag. Hier in Paderborn verbinden sich Tradition und Moderne, Geschichte und Zukunft. Das ist spannend, vor allem für junge Leute. Sie gehen in hoffentlich großer Zahl an diesem NRW-Tag auf Entdeckungsreise durch die „Welten“ der Stadt, der Region und des Landes. Wer danach ein wenig erschöpft im kulturellen und kulinarischen Angebot neue Kraft tankt, der sagt vielleicht: Unser Land ist so bunt und fesselnd, ich mache mit, dass es so bleibt!

JK

# Mehr Geld für frühe Bildung

## Regierung legt KiBiz-Text vor – Opposition: „Taschenspielertricks“

Mit ihrem „Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (KiBiz)“ möchte die Landesregierung die vorschulischen Betreuungsangebote in NRW reformieren und ausbauen. Den Gesetzentwurf dazu (Drs. 14/4410) hat noch vor der Sommerpause der Landtag in erster Lesung debattiert und einstimmig an den federführenden Ausschuss für Generationen, Familie und Integration überwiesen. Dort wird die Diskussion fortgesetzt – wie auch in der Öffentlichkeit.

Familienminister Armin Laschet (CDU) erläuterte, warum der Gesetzentwurf nach seiner Meinung „Rückenwind für jedes Kind“ bedeutet. Mit dem Gesetz solle die individuelle Förderung in den Kindertagesstätten erheblich verbessert werden. Es eröffne neue Möglichkeiten der Sprachförderung und treibe den Ausbau von Betreuungsplätzen für Unter-Dreijährige wesentlich voran. Mit dem Entwurf verbunden seien „erhebliche

regierung der Kindertagesbetreuung allein im vergangenen Jahr 156 Millionen Euro entzogen habe. Das Beispiel der neu eingerichteten Familienzentren zeige bereits, dass dieses Projekt unterfinanziert sei. Hack stellte für die SPD-Fraktion abschließend klar: „Das weitere Beratungsverfahren muss grundsätzliche Änderungen ergeben, wenn wir unsere Position ändern sollen.“

oben offen bleiben soll. „Das führt zu einer reinen Verwahrung nach dem Motto: sauber, satt und trocken.“ Die Abgeordnete befürchtete, durch diese Regelung werde eine individuelle Betreuung von Kindern unmöglich. Sie erklärte zugleich, die angepriesenen Wahlmöglichkeiten der Eltern würden allein nach Kassenlage bestimmt. Dem Familienminister warf sie „Taschenspielertricks“ bei der Finanzierung der Angebote vor. Sie forderte ein neues Kindergartengesetz, das „zu spürbar mehr Qualität“ bei der Frühförderung von Kindern beitrage.

Christian Lindner (FDP) meinte, für KiBiz sei es „allerhöchste Zeit“. Mit dem Gesetzentwurf übernehme die Landesregierung Verantwortung für die Kinder in NRW und werde dem Bildungsauftrag des Landes gerecht. Er kritisierte, dass sich die Träger der Freien Wohlfahrtspflege einen Tag vor der ersten Lesung im Landtag gegen das Gesetz ausgesprochen hatten. „Die wesentlichen Einwände der Spitzenverbände sind



finanzielle Auswirkungen“ auf den Landeshaushalt: 150 Millionen Euro will der Familienminister im nächsten Jahr zusätzlich für die Finanzierung von Tageseinrichtungen und die Sprachförderung in den Familienzentren zur Verfügung stellen. Damit wachse die Pro-Kopf-Unterstützung für Kinder unter sechs Jahren bis zum Jahr 2010 von derzeit 926 auf 1.197 Euro an. „Das ist eine dramatische Steigerung, die es so noch nie gegeben hat“, erklärte der Minister. Zugleich versprach er 7.500 neue Stellen für Erzieherinnen.

Ingrid Hack (SPD) erklärte die Ablehnung des Gesetzentwurfs. Die vorgesehenen Reformen würden den hohen pädagogischen Ansprüchen „ganz und gar nicht gerecht“. Vielmehr werde der Gesetzesentwurf zu steigenden Elternbeiträgen und einer sinkenden Qualität der Betreuungsangebote führen. „Der Rückenwind für jedes Kind wird zum Gegenwind für Sie und die Regierungsfractionen“, wandte sich Hack an den Familienminister. „Ihr Entwurf setzt so wenig Standards wie möglich. Bildung erschöpft sich zukünftig in Sprachbildung. Ganzheitliche Förderung sieht anders aus“, meinte die Abgeordnete. Die von Laschet angekündigte Erhöhung der Landesmittel um 150 Millionen Euro sei eine „Mogelpackung“, da die Landes-

Marie-Theres Kastner (CDU) widersprach: Der Gesetzesentwurf sei ein „Mehr an Chancen für Kinder“. Bis zum Jahr 2010 solle für 20 Prozent der Unter-Dreijährigen ein Betreuungsplatz zur Verfügung stehen. „Damit entsprechen wir den Wünschen gerade von jungen Frauen nach mehr Möglichkeiten der Vereinbarung von Familie und Beruf.“ Außerdem Sorge das Gesetz für mehr Flexibilität, da Eltern die Wahl zwischen 25, 35 oder 45 Betreuungsstunden pro Woche für ihre Kinder erhielten. Entschieden wandte sich die Abgeordnete gegen den Vorwurf, der Entwurf bedrohe Arbeitsplätze. „Das Kinderbildungsgesetz ist kein Spargesetz“, sagte Kastner, „es fließt mehr Geld in das System, und wir werden mehr Erzieherinnen brauchen.“

Andrea Asch (GRÜNE) schloss sich der Kritik der SPD an: „Bei KiBiz bleibt die Qualität in den Kindertageseinrichtungen auf der Strecke.“ Besonders negativ fand sie, dass die Größe der Kindergruppen künftig nach

doch bereits im Entwurf der Landesregierung berücksichtigt“, fand der familienpolitische Sprecher der FDP. Da es sich bei KiBiz um ein „komplexes Unterfangen“ handle, habe man bereits frühzeitig den Konsens mit den Wohlfahrtsverbänden gesucht. „All diejenigen, die dabei mitgesprochen und am Konsens mitgewirkt haben, sind nun auch in der Verantwortung, zu dem Gesetzentwurf zu stehen.“



Familienminister Armin Laschet (CDU)

# Braunkohle und Klimaschutz

## Einigkeit im Ziel und Gegensätze bei der Strategie

*Die gemeinsame Sorge um das Klima hat alle Fraktionen des Landtags vor der Sommerpause veranlasst, Anträge für eine Aktuelle Stunde zu stellen. Die GRÜNE-Fraktion warf dabei der Landesregierung in ihrem Antrag (Drs. 14/4513) vor, die Klimaschutzziele der Bundeskanzlerin zu torpedieren. „Ohne Perspektive und Strategie“ kämpfe die Landesregierung gegen den Klimawandel, meinte die SPD (Drs. 14/4514). Anders dagegen die Koalitionsfraktionen: CDU und FDP forderten (Drs. 14/43515) „faire Bedingungen für die Braunkohle bei der Zuteilung von Emissionsrechten“.*

**Reiner Priggen** (GRÜNE) bezog sich auf die Bundeskanzlerin. Diese habe gesagt, die entwickelten Länder sollten eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz einnehmen. NRW falle allerdings der Bundeskanzlerin in den Rücken, indem das Land die Braunkohle privilegiere. Ein Drittel des Kohlendioxids komme von diesem Energieträger. „Wir müssen runter von den Millionen Tonnen dieses schädlichen Gases“, sagte der Abgeordnete, „bisher haben wir gerade mal eine Reduzierung von 1,1 Prozent geschafft.“ Durch Energiesparen im Autoverkehr und in Privathaushalten allein könnte eine Verringerung in großem Stil nicht erreicht werden.

**Svenja Schulze** (SPD) kritisierte den Umweltbericht, den – wie es die europäische Umweltrichtlinie verlangt – die Landesregierung kurz zuvor vorgelegt hatte. Er nenne keine Handlungsschwerpunkte: „Dieser Bericht zeigt, dass diese Regierung kein Konzept und keine Strategie für die Umweltpolitik hat.“ Der Bericht enthalte völlig veraltete Daten. Er zeige, dass es unter der rot-grünen Regierung gelungen sei, zwischen 1996 und 2004 die Stromerzeugung aus regenerativer Energie zu versechsfachen. Sie liege nun bei über vier Milliarden Kilowattstunden. Das reiche noch lange nicht aus. Bei der schwarz-gelben Landesregierung,

meinte sie, gebe es niemanden, der für Klimaschutz und Umweltpolitik zuständig sei.

**Marie-Luise Fasse** (CDU) konterte, die Bürgerinnen und Bürger des Landes seien noch niemals so umfassend über ihre Umwelt und die Umweltpolitik informiert worden wie jetzt. Der Umweltbericht nenne die Maßnahmen der Landespolitik und stelle 24 Umweltindikatoren vor, mit denen die Entwicklung der Umwelt im zeitlichen Verlauf dargestellt werde wie Luftqualität, Energie und Klima, Abfall, Wasser, Naturschutz und Artenvielfalt, Wald. Der Naturschutzbund NABU habe den Umweltbericht und seine übersichtliche und umfangreiche Dokumentation im Internet begrüßt. Eine Energiewende habe es aber noch nicht gegeben, Energiesparlampen und Drei-Liter-Autos würden immer noch belächelt.

**Dietmar Brockes** (FDP) sagte, im rheinischen Revier gebe es riesige Braunkohlevorkommen, sie seien einer der wenigen Bodenschätze des Landes. Die große Anzahl von Kraftwerken habe dazu geführt, dass sich in NRW eine Vielzahl von Kraftwerksplanern und -konstrukteuren niedergelassen habe. Diese Anlagenhersteller belieferten die Weltmärkte mit modernster Kraftwerkstechnik. Der Abgeordnete: „Würden

wir den Grünen folgen und in der Verstromung künftig ausschließlich auf Erdgas und regenerative Energien setzen, so würden die Strompreise umgehend explodieren. Wir dürfen in dieser Debatte nicht verschweigen, dass der Braunkohle durch den von Rot-Grün erzwungenen Kernenergieausstieg zukünftig eine noch größere Rolle zur Deckung der Grundlast zukommt.“

**Wirtschaftsministerin Christa Thoben** (CDU) rechnete vor, wer Braunkohle durch Mais oder Raps ersetzen wolle, müsse zehn Prozent der Fläche des Landes damit bepflanzen. Braunkohle sei der einzige subventionsfreie Energieträger, über den das Land verfüge. Die Berliner Entscheidung zum Braunkohle-Benchmark (danach gilt für den Einsatz von Braunkohle in Kraftwerken ein Wert von 950 Gramm Kohlendioxid pro erzeugter Kilowattstunde) werde Anreize für die Modernisierung der Braunkohlekraftwerke in NRW schaffen. „Wenn Sie ein Moratorium für den Neubau von modernen Kraftwerken vorlegen, laufen doch die alten länger“, hielt sie den Grünen vor.

**Umweltminister Eckhard Uhlenberg** (CDU) widersprach der Kritik, dass der Umweltbericht veraltete Daten benutze: Niemand habe ein Interesse daran, nicht die aktuellsten Zahlen zu nehmen. Deswegen sei der „hervorragende“ Umweltbericht eine gute Grundlage. Dabei gehe es um eine Bestandsaufnahme und nicht darum, „im Detail Strategien aufzuzeigen“. Dieser Bericht sei ein Beitrag „zu einer transparenten und bürgernahen Umweltpolitik“. Mit ihrem neuen Stil und mit den Inhalten sei die Landesregierung auf einem guten Weg. Es sei festzustellen, dass es in der Umweltpolitik, der Klimapolitik und der Naturschutzpolitik „eine Bewegung auf breiter Basis“ gebe. Der Minister: „Wir nehmen die Menschen mit. Wir verbessern die Umwelt in Nordrhein-Westfalen, und von daher bin ich stolz auf diesen Umweltbericht.“



## Ziel verfehlt ...

... aber Anliegen unterstrichen: Mit der Übergabe von Unterschriftenordnern an Landtagspräsidentin Regina van Dinther endeten – vorerst – die Bemühungen der Volksinitiative „Sichere Wohnungen und Arbeitsplätze“. Die beiden Sprecher der Initiative, Helmut Lierhaus und Gerd Bruns, räumten ein, dass sie das Ziel von 66.152 Unterschriften knapp um 3.000 Unterstützer verfehlt haben. Dennoch kann das Anliegen nach dem Gesetz an den Petitionsausschuss überwiesen werden, der sich dann im Rahmen einer Massenpetition damit befasst. Fotos: Schälte

# Steuerquellen sprudeln kräftig

## Kontroverse Plenardebatte über den Nachtragshaushalt 2007

*Nach dem Ergebnis der Steuerschätzung vom Mai kann sich das Land über 1,415 Milliarden Euro Steuer Mehreinnahmen freuen. Hinzu sollen Minderausgaben im Länderfinanzausgleich in Höhe von 150 Millionen kommen. Macht unter dem Strich eine Haushaltsverbesserung von 1,565 Milliarden Euro. Das hat die Landesregierung veranlasst, einen Nachtragshaushaltsentwurf (Drs. 14/4460) einzubringen. Wie der zu erwartende „Geldsegen“ sinnvoll zu verteilen ist, darüber debattierten die Parlamentarier vor der Sommerpause.*

Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) Fotos: Schälte

Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) stellte fest: „Mit dem Nachtragshaushalt setzt die Landesregierung ihre finanzpolitische Linie fort, Steuermehreinnahmen nachhaltig und zur Senkung der Nettoneuverschuldung einzusetzen.“ Innerhalb von gut anderthalb Jahren habe die Koalition die „Versäumnisse von 15 Jahren rot-grüner haushaltspolitischer Misswirtschaft“ aufholen können. Dafür spreche die niedrigste Nettoneuverschuldung seit 15 Jahren. Der größte Teil der Steuermehreinnahmen (885 Millionen) entfalle auf die weitere Rückführung der Nettoneuverschuldung. Gleichzeitig Sorge die geplante Einmahlzahlung (680 Millionen Euro) in die Versorgungsrücklage des Landes für Sicherheit. Denn nicht gedeckte Versorgungspflichten seien „Schattenschulden“. Der Grundsatz laute: „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not“, so Linssen. Er halte an dem Ziel fest, möglichst bald einen Haushalt mit einer Nettoneuverschuldung von null Euro aufzustellen und in überschaubarer Zeit mit der Rückzahlung der alten Schulden zu beginnen.

Martin Börschel (SPD) warf dem Minister Wortbruch vor. Dieser habe erklärt, die Steuermehreinnahmen vollständig zur Absenkung der Nettoneuverschuldung einzusetzen. Stattdessen sollen nun 680 Millionen Euro in die Versorgungsrücklage fließen. Dahinter verberge sich keine finanzpolitische Strategie, sondern parteipolitische Dramaturgie, um den angeblichen Sparhöhepunkt für das Wahljahr 2010 zu inszenieren. Börschel zu Linssen: „Sie sind von einem ehrlichen Kaufmann zu einem Trickser und Hütchenspieler degeneriert.“ Zudem sei es ein „dramatisches Signal“, dass zum wiederholten Male der Ansatz für den Länderfinanzausgleich gesenkt werden muss. NRW falle zurück und werde unter den Bundesländern nach hinten durchgereicht. Das offenbare das „dramatische Versagen“ der Regierung.

Volkmar Klein (CDU) wertete es als Oppositionsgeplänkel, wenn versucht werde, an der Bilanz des „erfolgreichsten Finanzministers seit Jahrzehnten“ zu kratzen. Der rot-grüne „Rausch der Sorglosigkeit“ sei beendet. Schwarz-Gelb versuche dem Anspruch einer nachhaltigen

Finanzpolitik in doppelter Hinsicht gerecht zu werden, indem man einerseits an die ausgewiesene Staatsverschuldung herangehe und die Nettokreditaufnahme reduziere. Andererseits gehe es auch darum, die implizit vorhandene Verschuldung in Form von Pensionszusagen abzusenken. „Das sind 112 Milliarden Euro Staatsverschuldung, die nicht explizit ausgewiesen, aber für uns realistisch implizit vorhanden sind“, so Klein. Diese Verschuldung werde nun um 680 Millionen reduziert. Er finde es „erstaunlich“, dass daran Kritik geübt werde.

Rüdiger Sagel (GRÜNE)\* meinte, von Haushaltskonsolidierung und Strukturreformen könne keine Rede sein. Trotz gigantischer Steuermehreinnahmen stiegen die Schulden weiter auf mehr als 118 Milliarden Euro. „Da, wo überhaupt konsolidiert wurde, ging es zulasten Dritter“, so Sagel. Leidtragende seien die Kommunen, die Beamten sowie der Kinder-, Jugend- und Sozialbereich. „Linssen verlässt sich auf sein Glück und genießt seinen Vorruhestand in der steuerlichen Hängematte.“ Er profitiere von den „Früchten rot-grüner Regierungsarbeit in Berlin“, die den wirtschaftlichen Aufschwung erst ermöglicht habe. Statt dafür zu sorgen, dass Unternehmen tatsächlich ihre Steuern bezahlen, lege sich der Minister lieber über die Versorgungsrücklage einen „Sparstrumpf“ zu.

Dr. Robert Orth (FDP) entgegnete: „Herr Sagel, wenn einer getrickt hat, dann Sie bei Rot-Grün, indem Sie Ihre Schulden künstlich nach unten gerechnet haben.“ Die Haushaltskonsolidierung bleibe vordringlichstes Ziel gelb-schwarzer Finanzpolitik. Der Abgeordnete: „Wir wollen einen ausgeglichenen Haushalt 2010. Diesem Ziel fühlen sich die Liberalen verpflichtet.“ Ohnehin sei es eine neue Qualität nordrhein-westfälischer Finanzpolitik, einen Nachtragshaushalt vorzulegen, mit dem keine Neuverschuldung verbunden ist. Stattdessen würden die Nettoneuverschuldung gesenkt, die Pensionsrücklage aufgestockt, die Folgen des Orkans Kyrill beseitigt, die Schulessen bezuschusst und die in Folge des Oddset-Wetten-Rückgangs gesunkene Finanzausstattung des Spitzensports ausgeglichen, rechnete Orth vor. ■



Martin Börschel (SPD)



Volkmar Klein (CDU)



Rüdiger Sagel (GRÜNE) \*

\* inzwischen fraktionslos



Dr. Robert Orth (FDP)

# Freie Fahrt für neue Förderung

## Koalition setzt Systemwechsel durch – Zahl der Verbünde sinkt

*Der Landtag hat noch vor der Sommerpause den Entwurf der Landesregierung (Drs. 14/3976) zur Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in zweiter Lesung verabschiedet – mit der Mehrheit der Koalition und gegen die Stimmen von SPD und Grünen. Es geht im Wesentlichen um einen Systemwechsel in der Förderung – sie wird pauschaliert statt wie bisher einzelne Projekte und Maßnahmen zu bezuschussen. Außerdem soll die Zahl der Verkehrsverbünde im Land von neun auf drei zurückgeführt werden. Das Gesetz tritt am 1. Januar 2008 in Kraft.*



Im Mittelpunkt des Interesses: der öffentliche Personennahverkehr. Hunderttausende Pendler nutzen ihn jeden Werktag und er beschäftigt Politik und Öffentlichkeit. Foto: Schälte

**Bernd Schulte** (CDU) unterstrich die Bedeutung des Gesetzes und zeigte sich zuversichtlich, dass die Einwände von der Opposition unzutreffend sind: „Wir trauen den kommunalen Akteuren in den Städten und Kreisen, in den Zweckverbänden und in den Verkehrsunternehmen zu, dass sie die neu gegebenen Freiheiten und die damit verbundene Verantwortung aktiv wahrnehmen und sich auch bei veränderten Rahmenbedingungen danach ausrichten werden, bedarfsgerechte Verkehrsleistungen anzubieten.“ Anhand der derzeitigen Auseinandersetzung zwischen Deutscher Bahn (DB) und dem Verkehrsbund Rhein-Ruhr (VRR) – der Verbund hält Zahlungen an die DB wegen nicht erfüllter Leistungen zurück – zeigten sich die Probleme der Altverträge, die wegen mangelnder Transparenz keine vertrauensvolle Zusammenarbeit ermöglichen.

**Bodo Wißen** (SPD) kritisierte den Gesetzentwurf der Landesregierung: „Versprochen war auch Bürokratieabbau. Bekommen werden wir mehr Bürokratie. Über die neun bestehenden

Verbünde werden drei neue Dachverbände gestülpt. Ab 2010 werden 20 Prozent der Mittel allein für Verwaltungsaufgaben zur Verfügung gestellt.“ Der Abgeordnete erinnerte an die frühere Förderung der Fahrzeuge: Das sei ein erfolgreiches Instrument gewesen. Er warf der Koalition vor: „Mit Ihrer kommunalfeindlichen Politik nehmen Sie – ja, ich sage – stehlen Sie Finanzmittel. Das nennen Sie dann Freiheit. Aber das ist eine glatte Entmündigung der Verbünde, nichts anderes.“ Der öffentliche Personennahverkehr sei wegen der wachsenden Nachfrage nach Mobilität und aus Gründen des Umweltschutzes unverzichtbar. Unter diesem Gesichtspunkt laute das Urteil über den Gesetzentwurf: absolut unzureichend. Er werde den Herausforderungen des ÖPNV in keiner Weise gerecht.

**Horst Becker** (GRÜNE) betonte, wenn die Regierung das Ziel habe, mit ihrem Gesetzentwurf den Menschen zu nutzen, dann müsse er sagen: „An diesem Anspruch sind Sie gescheitert.“ Becker hielt nichts von der Rechnung, aus neun Verbänden würden nun drei gemacht. In

Wahrheit steige die Zahl auf zwölf. Der Abgeordnete: „Sie machen das, was in der Presse als Kleinstaaterei, Schildbürgerstreich und Verbundwarrwarr beschrieben worden ist.“ Ein großer Fehler sei die Umorganisation von der Projekt- zur Pauschalförderung. Da liege die Gefahr, dass die kommunalen Spitzenverbände einen Teil der Gelder für Verwaltungskosten abzweigen könnten. Andererseits würden die Kommunen und die Verkehrsverbände bei den Kürzungen der Regionalisierungsmittel alleingelassen. Dadurch erhöhe sich der Druck auf die Verbünde, sich auf „unsittliche“ Angebote der DB einzulassen. Becker blickte nach draußen und nannte als gutes Beispiel die Länder Hessen und Niedersachsen, die Kürzungen des Bundes ausgeglichen hätten.

**Christof Rasche** (FDP) nannte das ÖPNV-Gesetz einen „konsequenten Weg“. Der Abgeordnete: „Mir konnte bis heute noch kein Mensch erklären, warum etwa eine Schienenstrecke von Aachen nach Paderborn von fünf oder sechs verschiedenen Zweckverbänden organisiert werden muss.“ Zur Opposition gewandt: „Auch Sie konnten das nicht erklären.“ Die Vorteile des Gesetzentwurfs benannte er so: „Erstens vereinfachen wir die Rahmenbedingungen, und zweitens schaffen wir mittelfristig drei starke und zukunftsträchtige Einheiten.“ Rasche meinte weiter, der aktuelle Konflikt zwischen einem „mutigen VRR“ und der DB könnte zu gewaltigen Veränderungen der Rahmenbedingungen führen.

**Verkehrsminister Oliver Wittke** (CDU) betonte: „Die den Regionen gesetzlich eingeräumten Möglichkeiten, die bestehenden Zweckverbände unter diesen drei Dächern beizubehalten, verhindert den Bruch gewachsener Strukturen von heute auf morgen.“ Er fuhr fort: „Wir wollen nicht mehr über die Bezirksregierung gängeln. Wir wollen sie auch nicht über die Regionalräte gängeln, so wie das in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. So stellen wir uns kommunale Selbstverantwortung vor. So stellen wir uns Subsidiarität vor. So stellen wir uns Eigenverantwortung vor Ort vor.“ Der Minister meinte, den Kommunen werde hier die Kompetenz gegeben, frei zu entscheiden. Die Zweckverbände vor Ort hätten die Chance, endlich „zur Vernunft zu kommen“.

# Anlieger in großer Sorge

## Trassenführung und Sicherheit der neuen Pipeline umstritten

*Geruchlos, unsichtbar, hoch explosiv und im Ernstfall todbringend – so wird im Antrag ein Gas beschrieben, das knapp 70 Kilometer weit in einer Pipeline durch zum Teil dicht bewohntes Gebiet gepumpt werden soll. Anwohner sind alarmiert, Anliegerstädte klagen, die Bauarbeiten gehen unterdessen weiter. Inzwischen hat die umstrittene Kohlenmonoxidleitung der Bayer-Werke von Köln-Worringen nach Krefeld-Uerdingen den Landtag erreicht. Die Abgeordneten debattierten in der letzten Sitzung vor der Sommerpause auf Antrag der Grünen (Drs. 14/4475) das Projekt.*

Johannes Remmel (GRÜNE) sagte: „Vor Ort wächst der Widerstand täglich. Das kann der Landtag, das kann die Landesregierung nicht einfach ignorieren.“ Er müsse darüber sprechen, dass es trotz schwerwiegender neuer Sicherheits- und Risikogutachten keinen Baustopp gebe. So werde nachgewiesen, dass die Leitung nicht dem Stand der Technik entspreche. Der Abgeordnete: „Wir fordern die Landesregierung und die Firma auf, nicht mit dem Kopf durch die Wand zu gehen, sondern die Sorge der Menschen ernst zu nehmen und vor allem den Sofortvollzug zu stoppen und auszusetzen.“ Vor Ort könne niemand verstehen, dass die Pipeline ohne Risikokonzept und ohne Katastrophenschutzplanung genehmigt worden sei. Remmel: „Wir müssen uns eine Denkpause gönnen. Dazu tragen wir eine gemeinsame Verantwortung.“

Karl Kress (CDU) blickte auf das Jahr 2004 zurück: „In sechs Beratungsblöcken haben wir in den Landtagsfachausschüssen sowie zweimal hier im Plenum einstimmig das Kohlenmonoxid-Pipeline-Gesetz beschlossen und damit einvernehmlich der von der rot-grünen Vorgängerregierung auf den Weg gebrachten Trassenführung zugestimmt.“ Schon heute werde das Gas, von dem man wisse, dass es gefährlich sei, seit Jahren von Dormagen nach Leverkusen unter dem Rhein geleitet – und das absolut störungsfrei. Der Abgeordnete: „Ich halte den damals gefassten Beschluss (auch im Hinblick auf Arbeitsplatz- und Standortsicherung, wie er ergänzte) auch heute für absolut richtig.“ Dafür, dass der an die Wand gemalte Katastrophenfall nicht eintrete, müsse alles getan werden, betonte Kress: „Ich vertraue auf den Sachverstand unserer Fachbehörden, die mehr von dem sehr komplexen Sicherheitskonzept verstehen als wir und die uns heute sagen, dass ein sicherer Betrieb der Rohrleitung gewährleistet werden kann.“

Wolfram Kuschke (SPD) verlangte, die Katastrophenschutz- und Alarmpläne parallel zum

Genehmigungsverfahren zu erarbeiten – und nicht danach. Auch seien unter den Bürgerinnen und Bürgern Unsicherheiten und ein Informationsbedürfnis feststellbar. Aber das alles dürfe nicht dazu führen, „der Forderung nach einem Baustopp und der Aufhebung der sofortigen Vollziehung zuzustimmen“. Man müsse sich an die „Spielregeln halten, die wir uns selbst auferlegt haben“.

Holger Ellerbrock (FDP) betonte die hohen Sicherheitsvorkehrungen, die von der Leitung erfüllt würden: Sie sei für einen Druck von 100 bar ausgelegt, genehmigt werde sie für 40, betrieben mit weniger als 14 bar. Es gebe ein bisher einmaliges Leckage-Warnsystem. Die Mindestabdeckung sei von einem auf 1,4 Meter erhöht worden. Es gebe ein oberflächennahes, hochsensibles Trassenwarnband. Die Rohre selbst seien durch ein hoch widerstandsfähiges Geotextil vor Beschädigungen geschützt. „Zur Panikmache, wie sie vor Ort betrieben wird, besteht überhaupt kein Anlass“, betonte der Abgeordnete, dahinter steckten Leute, „die mit der Angst der Menschen Politik machen. Das finde ich verwerflich.“

Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) unterstrich das öffentliche Interesse an der Pipeline, es bestehe in einer konkreten Verbesserung der Umweltbilanz: „Von einem rein wirtschaftlichen Nutzen des Vorhabens für den Betreiber kann daher keine Rede sein.“ Laumann in Vertretung von Umweltminister Uhlenberg weiter: Die Kohlenmonoxid-Rohrfernleitung habe den erforderlichen Stand der Technik einzuhalten „und wird ihn sogar übererfüllen“. Zudem seien der Bezirks-

regierung vor Inbetriebnahme Alarm- und Gefahrenabwehrpläne zur Genehmigung vorzulegen. „Durch diese Auflagen ist sichergestellt, dass die zuständigen Katastrophenschutzbehörden und Feuerwehren bei den zu erstellenden Details der Alarm- und Gefahrenabwehrpläne nochmals umfangreich beteiligt werden und sich entsprechend darauf einstellen können.“

Infrastrukturmaßnahme im öffentlichen Interesse oder Risiko für Anlieger? Die Kohlenmonoxid-Pipeline, die einen unentbehrlichen Grundstoff für die Kunststofftechnologie transportiert, ist umstritten und Gegenstand von Gerichtsverfahren. Hier eine Situation auf Ratinger Gebiet, wo die Trasse der S-Bahnlinie S 6 unterquert wird.

Foto: Schälte

# Daseinsvorsorge und Wettbewerb

## SPD will mit Antrag kommunale Verantwortung sichern

*Kommunen, andere Gebietskörperschaften und Wohlfahrtsverbände sollen weiterhin ihr breites Spektrum an Leistungen der Daseinsvorsorge von hoher Qualität erbringen können. Das will die SPD-Fraktion und widerspricht damit Ansätzen auf EU-Ebene, Wettbewerb auch bei der Daseinsvorsorge stärker zuzulassen. In ihrem Antrag (Drs. 14/4486) weist die SPD darauf hin, dass eine weiter fortschreitende Liberalisierung auf diesem Gebiet große Nachteile hätte.*

Markus Töns (SPD) zählte die Bereiche der Daseinsvorsorge auf: Altenpflege, Gesundheitsdienste, sozialer Wohnungsbau, Abfallentsorgung, öffentlicher Nahverkehr und die Energieversorgung. Die Abgeordneten hätten die Pflicht, sich „um das Vorhandensein eines funktionierenden Gemeinwesens zu kümmern“ und dafür zu sorgen, „dass Daseinsvorsorge für alle Menschen in unserem Land funktioniert“. Es sei ein Irrglaube zu meinen, alle Lebensbereiche der

öffentlichen Daseinsvorsorge und damit in einem Kernbereich kommunaler Selbstverantwortung und Selbstbestimmung“ alles geregelt werden solle. Von Boeselager: „Meine Fraktion hält eine europäische Rahmenrichtlinie, die uns vorschreiben soll, wie wir die Daseinsvorsorge in Nordrhein-Westfalen zu gestalten haben, für schlichtweg entbehrlich und nicht erforderlich.“ Die SPD sollte ihren Antrag am besten zurücknehmen.

ihre Betätigungsfelder stark ausgedehnt hätten. Seine Partei halte auch nichts davon, „dass sich der Staat in alle Lebensrisiken hineindrängt und sich überall für unentbehrlich hält“. Mit dem Antrag folge die SPD ihrer Ideologie von Sozialwirtschaft und vom Staat als Rundumversorger, fand der Abgeordnete und hielt der Fraktion vor: „Sie wollen den Staat auch dort, wo es Private besser und billiger können.“ Die Rechtsgrundlage für die verlangte Rahmenrichtlinie sei mehr als fraglich, der Antrag nichts als „ein alter Hut“.

Europaminister Michael Breuer (CDU) stellte fest: „Zu einer umfassenden Regelung in der Daseinsvorsorge hat die Europäische Union keine



Fotos: Schälte

Markus Töns (SPD)

Ilka von Boeselager (CDU)

Sylvia Löhrmann (GRÜNE)

Dietmar Brockes (FDP)

Europaminister Michael Breuer (CDU)

Menschen im Land seien über den Wettbewerb besser zu regeln. Mit ihrem Slogan „Privat vor Staat“ sei die Landesregierung dabei, öffentliche Unternehmen, die das „Recht auf Eigenproduktion“ hätten – nämlich unter bestimmten Voraussetzungen Leistungen der Daseinsvorsorge zu erbringen – deutlich zu benachteiligen. Die Lösung sehe seine Partei darin, dass auf EU-Ebene eine Rahmenrichtlinie erlassen werde, die die Definition der Leistungen der Daseinsvorsorge den Mitgliedsstaaten, den Bundesländern, aber auch den Kommunen vorbehalt.

Ilka von Boeselager (CDU) fand den Antrag „irrelevant“ und „völlig an der Wirklichkeit vorbei“. Brüssel solle die Gestaltung der Daseinsvorsorge in NRW vorgeben – „das meinen Sie doch nicht ernst!“ Das würde bedeuten, dass über eine Rahmenrichtlinie „im Politikfeld der

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, stimmte der Forderung der SPD zu, „die Wettbewerbs- und Binnenmarktregeln mit den Gemeinwohlverpflichtungen kompatibel zu machen“. Kritisch aber sehe ihre Fraktion, dass bei der EU keine Kompetenz zu einer solchen Regelung gegeben sei und dass der Erlass einer solchen Richtlinie zu sehr die kommunale Selbstverwaltung schwächen würde. Deswegen und weil es derzeit keine Mehrheit im Ministerrat der EU für eine solche Richtlinie gäbe, sagten die Grünen Nein zu einer Rahmenrichtlinie. Stattdessen müsste die Kommission den Kontext der Daseinsvorsorge klarstellen und präzisieren.

Dietmar Brockes (FDP) verwies auf die ungleiche Konkurrenz zwischen den privaten und den kommunalwirtschaftlichen Unternehmen, die

Kompetenzen.“ Viele Bereiche der Daseinsvorsorge ließen den europäischen Binnenmarkt unberührt. Für die Landesregierung heiße die Verbindung von europäischem Wettbewerb und Daseinsvorsorge: „Wir müssen darauf achten, dass bei der Anwendung des Wettbewerbsrechts zur Durchsetzung des Binnenmarkts der regionale und kommunale Handlungsspielraum nicht über das erforderliche Maß hinaus eingeschränkt wird.“ Die Regierung teile mit der SPD die Auffassung, dass bei allem notwendigen Wettbewerb „die Spielräume der Regionen, Kommunen, kommunalen Unternehmen und der Wohlfahrtsverbände bei der Ausgestaltung, Finanzierung und Erbringung von Leistungen der Daseinsvorsorge ausreichend groß bleiben“. Aber die Hoffnung, das könne über eine Rahmenrichtlinie geschehen, halte er für „sehr trügerisch“.





# Sind Jungen die Bildungsverlierer?

## Koalition fordert Ausbau der individuellen Förderung an Schulen

*Mädchen sind sprachlich begabt, Jungen eher naturwissenschaftlich. Bloß ein Klischee? Zweifellos gibt es Ausnahmen. Laut Statistik scheint aber an dem Klischee etwas dran zu sein. So haben Schulstudien belegt, dass Jungen bereits im Grundschulalter einen statistisch signifikanten Rückstand in der Lesekompetenz entwickeln. Die Koalitionsfraktionen haben daher einen Antrag mit dem Titel „Jungen fördern – ohne Mädchen zu benachteiligen“ (Drs. 14/4488) eingebracht, in dem sie den Ausbau der individuellen Förderung und damit die Verbesserung der Geschlechtergerechtigkeit in der Schule fordern. In der Plenardebatte stimmten SPD und GRÜNE dem Antrag grundsätzlich zu, kritisierten die vorgeschlagenen Lösungsansätze aber als nicht weitreichend genug.*

Bernhard Recker (CDU) mahnte: „Wenn zwei Drittel aller Schulabbrecher männlich sind, besteht wirklich dringender Handlungsbedarf.“ Kompetenzprofile und Interessenlagen von Jungen und Mädchen seien in hohem Maße unterschiedlich. Dieser Tatsache müsse durch unterschiedliche pädagogische Ansätze Rechnung getragen werden. Dabei gehe es nicht darum, den gemischtgeschlechtlichen Unterricht als Regelfall in Frage zu stellen. Es sei aber sinnvoll, in bestimmten Fächern differenzierte Unterrichtsstunden zu geben, um besser auf die speziellen Bedürfnisse eingehen zu können. „Unser gemeinsames Ziel muss sein, einer Entwicklung entgegenzusteuern, die Jungen tendenziell immer mehr zu Bildungsverlierern macht“, sagte Recker. Andererseits müsse es auch gelingen, Mädchen stärker für technische und naturwissenschaftliche Bereiche zu motivieren.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) betonte: „Es dürfte wohl nicht Ziel der Emanzipation gewesen sein, heute festzustellen, dass wir verstärkt Jungen fördern müssen.“ Diese machten inzwischen nur noch 45 Prozent der Gymnasiasten aus, dafür seien sie an Hauptschulen überrepräsentiert und an den Förderschulen mit Zweidrittelmehrheit vertreten. „Unter den Kindern mit Lese- und Rechtschreibschwäche gehören sogar 80 Prozent dem vermeintlich starken Geschlecht an.“ Das Ziel einer gelingenden individuellen Förderung könne nur durch die Berücksichtigung unterschiedlicher Lernweisen und Motivationen jedes Einzelnen erreicht werden. Pieper-von Heiden: „Denkstrukturen unterscheiden sich ausdrücklich nicht nach Geschlecht, sondern nach Begabungspotenzial und Interessenschwerpunkten.“


Der gemeinsame Unterricht von Mädchen und Jungen steht zwar nicht auf dem Spiel, aber es gibt Überlegungen, ob eine zeitweise Trennung der Geschlechter nicht dazu beitragen kann, die Lerndefizite von Jungen ausgleichen zu helfen.

Foto: Schälte

Renate Hendricks (SPD) begrüßte den Antrag im Grundsatz. Bei zutreffender Beschreibung des Ist-Zustands spare er jedoch die sich daraus ergebenden Konsequenzen aus, nämlich eine Aufstockung der Mittel für die Lehreraus- und -fortbildung sowie eine Veränderung der Schulstruktur und damit des Schulgesetzes. Jungen seien nicht allein deswegen benachteiligt, weil sie Jungen sind. Hendricks: „Der Bildungsverlierer von heute ist der Sohn der türkischen Putzfrau. Schon in der zweiten Klasse bekommt er wieder Noten für Deutsch und Betragen, die bei seinem kulturellen und sprachlichen Hintergrund schlechter ausfallen, als es seiner Motivation gut tut.“ Darüber hinaus greife das im Antrag formulierte Maßnahmenbündel zu spät. Eine geschlechterbewusste und individuelle Förderung müsse bereits in den Kindertagesstätten anfangen, so die Abgeordnete.

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, fand es bedenklich, in welchem hohem Maß Jungen zu den Bildungsverlierern gehörten. „Wir wollen nicht, dass irgendwer zu einem hoffnungslosen Fall wird“, sagte sie. „Aber den Zungenschlag, dass es mit Mädchen jetzt genug gewesen sei, jetzt sollten die Jungen drankommen, teilen wir nicht.“ Schulerfolge von Mädchen dürften nicht darüber hinwegtäuschen, dass Sozialisation, Bildung und Erziehung weiterhin unreflektierte geschlechtsspezifische Rollen zuweisen. Man müsse sich damit auseinandersetzen, welches Bild von Männlichkeit unsere Gesellschaft weitervermittelt. „Dabei geht es nicht nur um Sprachunterricht, bei dem wir Jungen fördern müssen, sondern auch um Sensibilität, um Pflege, um Häuslichkeit, um ‚weibliche‘ Elemente im ‚männlichen‘ Charakter.“

Ministerin Christa Thoben (CDU) nannte einige Eckpunkte des vom Schulministerium entwickelten Konzepts zur Jungenförderung. Demnach sollen Schulen künftig die Möglichkeit haben, Jungen und Mädchen zeitweise getrennt zu unterrichten, um auf spezielle Bedürfnisse besser eingehen zu können. Am Grundsatz der Koedukation als Regelfall werde jedoch festgehalten. Zudem solle bei Stellenausschreibungen an Grundschulen stärker der Mangel an männlichen Lehrkräften Berücksichtigung finden. So erhielten Jungen bereits im Grundschulalter mehr Identifikationsmöglichkeiten, da männliche Vorbilder hier zumeist fehlten. ■



Blick in die „deutsche Konferenz“ – die Spitzen der Landesparlamente und des Bundestags versammelten sich unter Leitung von Landtagspräsidentin Regina van Dinther zur gemeinsamen Sitzung. Daneben gab es noch eine gemeinsame Konferenz der österreichischen und des Südtiroler Landtags.

## Die Jugend gewinnen

### Parlamente einigen sich auf Aktionen für junge Menschen

*Dichtes Arbeitsprogramm, engagierte Diskussionen und ein wichtiges Signal – als Gastgeberin konnte NRW-Landtagspräsidentin Regina van Dinther nach der Präsidentenkonferenz in Düsseldorf eine positive Bilanz ziehen. Die Abgeordneten aller deutschen Parlamente haben nämlich beschlossen, mit Aktionen unter dem Thema „Jugend und Parlament“ in Schulen und Jugendeinrichtungen zu gehen. Sie wollen dort mit jungen Menschen diskutieren und sie zu politischem Engagement ermuntern.*


Der Beschluss über die Aktionstage ist das zentrale Ergebnis der Konferenz, zu der in der zweiten Junihälfte die Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente, des Deutschen Bundestags und des Südtiroler Landtags in der nordrhein-westfälischen Hauptstadt zusammengelassen sind. Die gemeinsame Resolution unter dem Motto „Ohne Jugend ist kein Staat zu machen“ unterstreicht dabei den Willen der Parlamente, den Dialog mit der Jugend zu intensivieren. Die Präsidentinnen und Präsidenten wollen sich nicht damit abfinden, dass viele junge Leute der parlamenta-

rischen Demokratie, ihren Institutionen und Repräsentanten distanziert gegenüber stehen. Denn, so die einhellige Meinung: „Ohne politisches Engagement der Jugend droht unsere Demokratie zu verkümmern.“

Dazu stellte Landtagspräsidentin Regina van Dinther fest: „Mir und meinen Kolleginnen und Kollegen kommt es darauf an, den Jugendlichen zu zeigen, dass sie wichtig sind und dass wir sie ernst nehmen. Wir wollen die Meinungen der Jugendlichen hören und politisches Interesse wecken. Wir wollen Vertrauen aufbauen, Glaubwürdigkeit neu begründen und für unsere Demokratie werben.“ Bei den jungen Menschen dürfe sich auf keinen Fall der Eindruck verfestigen, sie könnten so wieso nichts bewirken.

Neben dem Schwerpunktthema Jugend und Parlament widmete sich die Präsidentenkonferenz auch europapolitischen Fragen (Verfassungsprozess und Subsidiaritätskontrolle) und der zweiten Stufe der deutschen Föderalismusreform. Die wolle man, wie schon Stufe 1, konstruktiv begleiten.

Abseits der Politik bot sich den Gästen aus den anderen deutschen Bundesländern, aus Österreich und Südtirol die Gelegenheit, in vielen Begegnungen und Gesprächen den persönlichen Austausch zu pflegen und darüber hinaus einen Eindruck von der Vielfalt des Landes zu gewinnen. Nach der Führung durch das Landtagsgebäude am Rheinufer standen ein Besuch des Kunstmuseums K 21 im alten Ständehaus und die Visite eines alten Industriedenkmals, der Zeche Zollverein in Essen, auf dem Programm. Der ehemalige Sitz der Industriellenfamilie Krupp, die Villa Hügel, war Kulisse einer Präsentation über den Stand der Vorbereitungen des Ruhrgebiets auf seine Rolle als Europäische Kulturhauptstadt 2010. JK



Auf der abschließenden Pressekonferenz informierte Landtagspräsidentin Regina van Dinther über die Ergebnisse der Präsidentenkonferenz. Rechts der Politikwissenschaftler Professor Dr. Rudolf Korte von der Universität Duisburg-Essen. Korte ist Leiter der NRW-School of Governance, die soeben mit dem Landtag ein Kooperationsabkommen geschlossen hat. Ab sofort können deren Studenten ihre Praktika in der Verwaltung des Landtags NRW ableisten. Fotos: Schälte

# Zwei Stimmen bei der Landtagswahl

## Wahlrechtsänderung steht bevor – Schon ab 16 an die Urne?

**Keine grundlegenden Bedenken bei der Wissenschaft: Wenn der nächste NRW-Landtag im Jahr 2010 gewählt wird, haben die wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger anders als bisher zwei Stimmen – eine für einen Wahlkreis-kandidaten, die andere, die „Zweitstimme“ wie bei der Wahl zum Bundestag, für eine Partei. Ob dann auch, wie die SPD vorschlägt (Drs. 14/4867), junge Menschen ab 16 schon an die Wahlurne dürfen – wie dies derzeit bei Kommunalwahlen in NRW möglich ist –, scheint noch offen.**

Bei der Anhörung zur Änderung des Wahlgesetzes im Hauptausschuss (Vorsitz Werner Jostmeier, CDU) war Tenor der Experten: Es gibt keine verfassungsrechtlichen Einwände. Die Landtagsabgeordneten können also grünes Licht geben für ein novelliertes Landeswahlgesetz, wie es die Grünen (Drs. 14/719) und – weitergehend – die Landesregierung (Drs. 14/3978) vorschlagen. Beide möchten mit der Zweitstimme den Wählerinnen und Wählern mehr „wahldemokratische Entscheidungsmöglichkeiten“ einräumen. Die Landesregierung will darüber hinaus bei der Umrechnung von Wählerstimmen in Parlamentssitze ein neues Verfahren einführen, um, wie es heißt, eine „bessere Verteilungsgerechtigkeit“ als mit dem bisherigen System zu erreichen.

Allgemeine Zustimmung fand die Absicht der Landesregierung, das Wahlsystem auf das Divisor-Verfahren nach Sainte-Lague/Schepers umzustellen. Begründung: Es bildet den Wählerwillen genauer ab als das bisher übliche Proportionalverfahren Hare/Niemeyer. Das hat in der Vergangenheit des Öfteren „in Grenzfällen zu ungerechten Anomalien“ geführt, wie es im Text des Regierungsentwurfs heißt. Beim neuen „Divisorverfahren mit Standardrundung“, so erläuterten die Fachleute, „wird ein Zuteilungsdivisor errechnet, indem die Gesamtzahl der gültigen Stimmen durch die Zahl der beim Verhältnisausgleich insgesamt zu vergebenden Sitze dividiert wird. Anschließend wird die Stimmenzahl jeder Partei durch den Divisor geteilt“.

Legt man das vorgeschlagene neue System der letzten NRW-Landtagswahl zu Grunde, wären rund 43.000 Stimmen erforderlich gewesen, um einen der Landtagssitze zu erringen (7,7 Millionen Stimmen geteilt durch 181 gleich ca. 43.000). Die Stimmenzahl der einzelnen Parteien, geteilt durch diesen Divisor, hätte danach folgende Sitzverteilung ergeben: CDU 86, SPD 71, Grüne und FDP je zwölf Sitze. Tatsächlich hat die CDU aber 89 Wahlkreise direkt geholt. Diesen Wählerwillen hätte jedes neue Wahlsystem zu respektieren: Auch nach Sainte Lague/Schepers wären mehr als 181 Abgeordnete in den neuen Landtag eingezogen. Weshalb die Fachleute dennoch die Abkehr vom alten System Hare/Niemeyer vorschlagen, liegt im angewandten Proportionalverfahren

begründet: Es kann dabei nämlich vorkommen, dass eine Partei bei Erzielung einer erheblich höheren oder niedrigeren Stimmenzahl keinen Sitz gewinnt oder verliert.

Alle vorgesehenen Änderungen hätten Chancen und Risiken, betonten die Sprecher aus Wissenschaft und Praxis. Wenn demnächst von den Wählerinnen und Wählern die Stimme unter strategischen Gesichtspunkten – etwa um einer kleineren Partei über die Fünf-Prozent-Hürde zu helfen oder um eine bestimmte Koalition zu fördern – eingesetzt werde („Stimmensplitting“), könnten die Parteien in Versuchung geraten, den Wähler durch eine „Zweitstimmekampagne“ in ihrem Sinn zu „manipulieren“. Gerade diese Möglichkeit zur differenzierten Abstimmung ist für andere jedoch Ausdruck einer größeren Entscheidungsfreiheit des Wahlvolks.

### ÜBERHANGMANDATE

Die Anlehnung an das Wahlrecht des Bundestags mit seiner Unterscheidung von Erst- und Zweitstimme stärke nicht die Verständlichkeit des Systems, lautete ein anderer Einwand. Stattdessen sollte sich der nordrhein-westfälische Gesetzgeber am bayerischen Weg ein Beispiel nehmen, lautete ein Vorschlag. Dort wählt man mit den zwei Stimmen einen

Direktkandidaten (wie derzeit in NRW). Die zweite Stimme wird von den Wählerinnen und Wählern an einen Bewerber auf der Liste einer Partei vergeben (es muss nicht dieselbe wie die für den Direktkandidaten sein). Der beschriebene Vorteil: Die Überhangmandate entfallen.

Jungen Menschen ab 16 Jahren den Weg an die Urnen der Landtagswahl zu öffnen, stellt ein notwendiges, von der Demographie her erforderliches Gegengewicht für den wachsenden Anteil älterer Wählergruppen dar. Das war die Meinung eines Sprechers der jungen Generation in der Anhörung. Es könne doch nicht schaden, fügte er an, wenn die Parteien ihre Arbeit stärker als bisher auf die jungen Leute ausrichteten. Andere Stimmen machten aufmerksam auf das unterdurchschnittliche Politikinteresse in der Gruppe der 16- bis 18-Jährigen hin. Die angeblich höhere Anfälligkeit Jugendlicher für extremistische Parteien wies der Sprecher mit den Worten zurück: „Vertrauen Sie den Jugendlichen! Parteien, kämpfen um eure neue Wählerschaft!“

JK

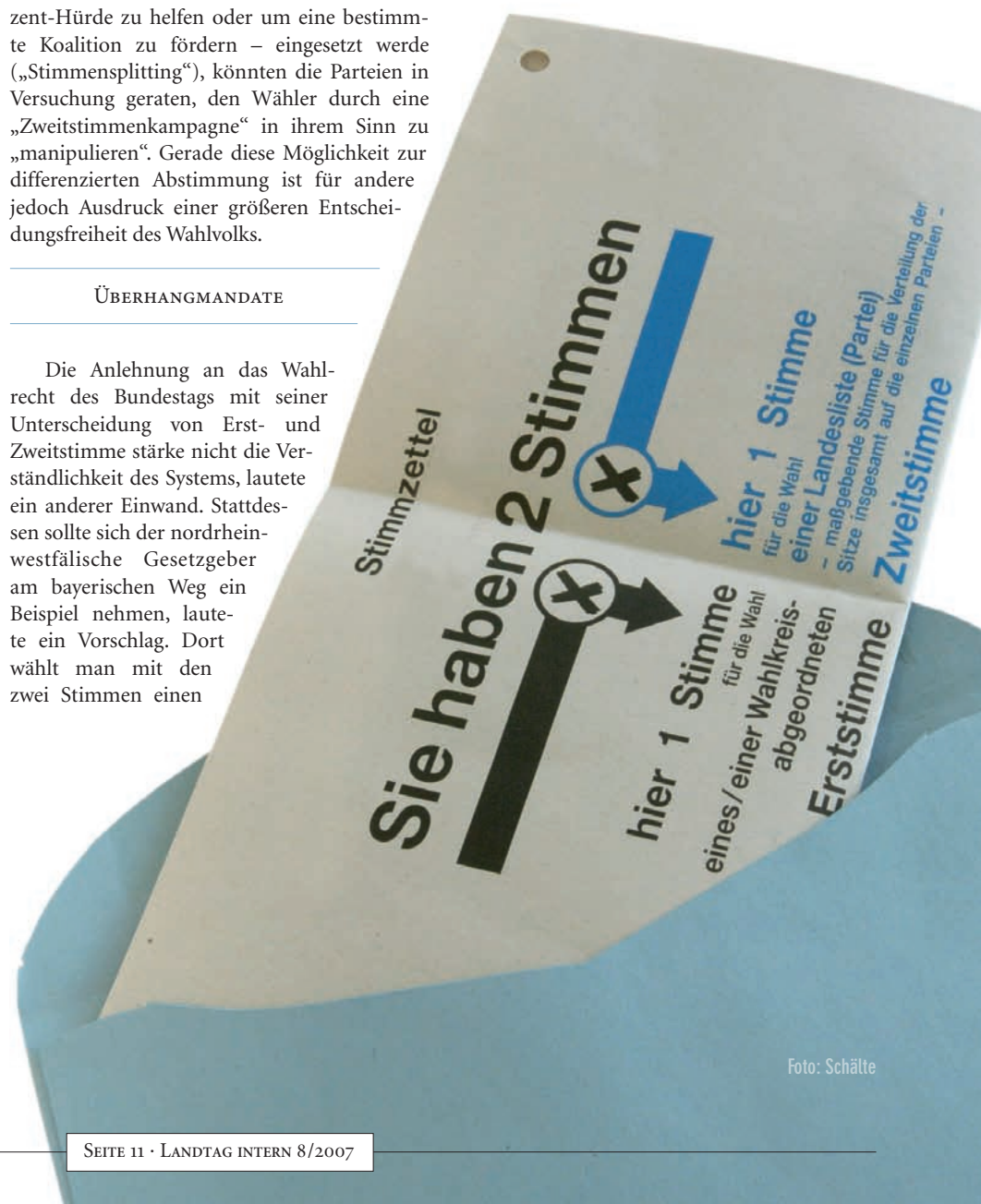


Foto: Schälte

# Die Abgeordneten des 14.

Ein aktueller Service von „Landtag intern“

**A**bgeordnete werden für fünf Jahre in den Landtag Nordrhein-Westfalen gewählt. Bei einem 187-köpfigen Parlament wie dem gegenwärtigen ergeben sich im Lauf der Zeit Veränderungen: Abgeordnete scheiden aus, neue Parlamentarier rücken nach. Hin und wieder gibt es einen Parteiaustritt. Das alles sorgt für neue Namen. Auf die Mehrheitsverhältnisse hat das in der Regel kaum Auswirkungen.

**S**eit der Landtagswahl 2005 hat es elf Veränderungen in der Zusammensetzung des Landtags gegeben. Zehn Abgeordnete (vier SPD- und je zwei CDU-, FDP- und GRÜNE-Fraktionsangehörige) haben ihr Mandat niedergelegt und sind durch Nachrücker von den Landesreservelisten ihrer Partei ersetzt worden. Ein grüner Abgeordneter hat vor der Sommerpause seine Partei verlassen.



**Brüning, Hannelore**  
CDU  
Wahlkreis 81  
(Steinfurt I)



**Fasse, Marie-Luise**  
CDU  
Wahlkreis 57  
(Wesel II)



**Jarzombek, Thomas**  
CDU  
Wahlkreis 42  
(Düsseldorf III)



**Knieps, Franz-Josef**  
CDU  
Wahlkreis 14  
(Köln II)



**Abbrock, Wolfgang**  
CDU  
Wahlkreis 90  
(Herford I)



**Brunert-Jetter, Monika**  
CDU  
Wahlkreis 127  
(Siegen-Wittgenstein II)



**Fehring, Hubertus**  
CDU  
Wahlkreis 102  
(Höxter)



**Jostmeier, Werner**  
CDU  
Wahlkreis 80  
(Coesfeld II)



**Kress, Karl**  
CDU  
Wahlkreis 45  
(Rhein-Kreis-Neuss II)



**Berger, Dr. Stefan**  
CDU  
Wahlkreis 51  
(Viersen I)



**Burkert, Oskar**  
CDU  
Wahlkreis 118  
(Hamm I)



**Giebels, Harald**  
CDU  
Wahlkreis 37  
(Mettmann II)



**Kaiser, Klaus**  
CDU  
Wahlkreis 124  
(Hochsauerlandkreis I)



**Krückel, Bernd**  
CDU  
Wahlkreis 9  
(Heinsberg I)



**Biesenbach, Peter**  
CDU  
Wahlkreis 23  
(Oberbergischer Kreis I)



**Clauser, Hans-Dieter**  
CDU  
Wahlkreis 36  
(Mettmann I)



**Grunendahl, Wilfried**  
CDU  
Wahlkreis 83  
(Steinfurt III)



**Kaiser, Peter**  
CDU  
Wahlkreis 47  
(Krefeld I)



**Kruse, Theo**  
CDU  
Wahlkreis 128  
(Olpe)



**Billmann, Reimund**  
CDU  
Wahlkreis 3  
(Kreis Aachen I)



**Deppe, Rainer**  
CDU  
Wahlkreis 22  
(Rheinisch-Bergischer Kreis I)



**Hachen, Dr. Gerd**  
CDU  
Wahlkreis 10  
(Heinsberg II)



**Kastner, Marie-Theres**  
CDU  
Wahlkreis 84  
(Münster I)



**Kuhmichel, Manfred**  
CDU  
Wahlkreis 68  
(Essen IV)



**von Boeselager, Ilka**  
CDU  
Wahlkreis 27  
(Rhein-Sieg-Kreis III)



**van Dinther, Regina**  
CDU  
Landesreserveliste



**Hegemann, Lothar**  
CDU  
Landesreserveliste



**Kemper, Heinrich**  
CDU  
Wahlkreis 97  
(Lippe I)



**Laumann, Karl-Josef**  
CDU  
Landesreserveliste



**Bollenbach, Chris**  
CDU  
Wahlkreis 91  
(Herford II)



**Doppmeier, Ursula**  
CDU  
Wahlkreis 95  
(Güterloh II)



**Henke, Rudolf**  
CDU  
Wahlkreis 2  
(Aachen II)



**Kern, Walter**  
CDU  
Wahlkreis 98  
(Lippe II)



**Lehne, Olaf**  
CDU  
Wahlkreis 40  
(Düsseldorf I)



**Brakelmann, Peter**  
CDU  
Wahlkreis 32  
(Wuppertal II)



**Droste, Dr. Wilhelm**  
CDU  
Wahlkreis 38  
(Mettmann III)



**Hollstein, Jürgen**  
CDU  
Wahlkreis 17  
(Köln V)



**Kleff, Hubert**  
CDU  
Wahlkreis 125  
(Hochsauerlandkreis II - Soest III)



**Lienenkämper, Lutz**  
CDU  
Wahlkreis 46  
(Rhein-Kreis-Neuss III)



**Breuer, Michael**  
CDU  
Wahlkreis 7  
(Rhein-Erft-Kreis III)



**Einmahl, Rolf**  
CDU  
Wahlkreis 1  
(Aachen I)



**Hovenjürgen, Josef**  
CDU  
Wahlkreis 72  
(Recklinghausen IV)



**Klein, Volkmar**  
CDU  
Wahlkreis 126  
(Siegen-Wittgenstein I)



**Linsen, Dr. Helmut**  
CDU  
Wahlkreis 53  
(Kleve I)



**Brinkmeier, Dr. Michael**  
CDU  
Wahlkreis 96  
(Güterloh III)



**Ellinghaus, Horst**  
CDU  
Wahlkreis 31  
(Wuppertal I)



**Hüskens, Wolfgang**  
CDU  
Wahlkreis 58  
(Wesel III)



**Klöpper, Rita**  
CDU  
Wahlkreis 6  
(Rhein-Erft-Kreis II)



**Löttgen, Bodo**  
CDU  
Wahlkreis 24  
(Oberbergischer Kreis II)



**Lohn, Werner**  
CDU  
Wahlkreis 120  
(Soest II)



**Petersen, Dr. Jens**  
CDU  
Wahlkreis 41  
(Düsseldorf II)



**Schick, Thorsten**  
CDU  
Wahlkreis 121  
(Märkischer  
Kreis I)



**Sternberg, Prof. Dr. Thomas**  
CDU  
Wahlkreis 85  
(Münster II)



**Lorth, Gerhard**  
CDU  
Wahlkreis 30  
(Bonn II)



**Pick, Clemens**  
CDU  
Wahlkreis 8  
(Euskirchen I)



**Schittges, Winfried**  
CDU  
Wahlkreis 48  
(Krefeld II)



**Tenhumberg, Bernhard**  
CDU  
Wahlkreis 78  
(Borken II)



**Altenkamp, Britta**  
SPD  
Wahlkreis 67  
(Essen III)



**Luckey, Manfred**  
CDU  
Wahlkreis 99  
(Lippe III)



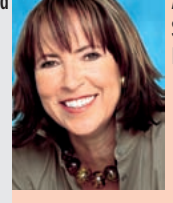
**Post, Norbert**  
CDU  
Wahlkreis 50  
(Mönchenglad-  
bach II)



**Schmitz, Wolfgang**  
CDU  
Wahlkreis 101  
(Paderborn II)



**Uhlenberg, Eckhard**  
CDU  
Wahlkreis 119  
(Soest I)



**Apel-Haefs, Ulrike**  
SPD  
Landesreserveliste



**Lux, Rainer**  
CDU  
Wahlkreis 93  
(Bielefeld II)



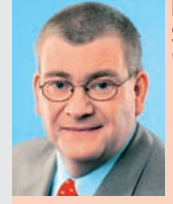
**Preuß, Peter**  
CDU  
Wahlkreis 43  
(Düsseldorf IV)



**Schroeren, Michael**  
CDU  
Wahlkreis 49  
(Mönchenglad-  
bach I)



**Weisbrich, Christian**  
CDU  
Wahlkreis 52  
(Viersen II)



**Becker, Andreas**  
SPD  
Wahlkreis 69  
(Recklinghausen I)



**Mitz, Andrea**  
CDU  
Wahlkreis 26  
(Rhein-Sieg-  
Kreis II)



**Ratajczak, Marc**  
CDU  
Wahlkreis 39  
(Mettmann IV)



**Schulte, Bernd**  
CDU  
Wahlkreis 123  
(Märkischer  
Kreis III)



**Westerhorstmann, Maria**  
CDU  
Wahlkreis 100  
(Paderborn I)



**Behrens, Dr. Fritz**  
SPD  
Landesreserveliste



**Möbius, Christian**  
CDU  
Wahlkreis 16  
(Köln IV)



**Recker, Bernhard**  
CDU  
Wahlkreis 87  
(Warendorf II)



**Schulte, Hubert**  
CDU  
Wahlkreis 122  
(Märkischer  
Kreis II)



**Westkämper, Horst**  
CDU  
Wahlkreis 34  
(Solingen I)



**Bischoff, Rainer**  
SPD  
Wahlkreis 61  
(Duisburg II)



**Monheim, Ursula**  
CDU  
Wahlkreis 20  
(Leverkusen)



**Rühl, Elke**  
CDU  
Wahlkreis 35  
(Remscheid)



**Seel, Rolf**  
CDU  
Wahlkreis 12  
(Düren II –  
Euskirchen II)



**Wilp, Josef**  
CDU  
Wahlkreis 82  
(Steinfurt II)



**Börschel, Martin**  
SPD  
Wahlkreis 15  
(Köln III)



**Müller, Holger**  
CDU  
Wahlkreis 21  
(Rheinisch-  
Bergischer  
Kreis I)



**Rüttgers, Jürgen**  
CDU  
Wahlkreis 5  
(Rhein-Erft-  
Kreis I)



**Sendker, Reinhold**  
CDU  
Wahlkreis 86  
(Warendorf I)



**Wirtz, Axel**  
CDU  
Wahlkreis 4  
(Kreis Aachen II)



**Bollermann, Prof. Dr. Gerd**  
SPD  
Wahlkreis 114  
(Dortmund IV)



**Ortgies, Friedhelm**  
CDU  
Wahlkreis 88  
(Minden-  
Lübbecke I)



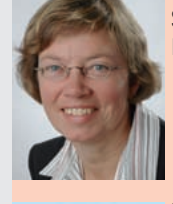
**Sahren, Heinz**  
CDU  
Wahlkreis 44  
(Rhein-Kreis  
Neuss I)



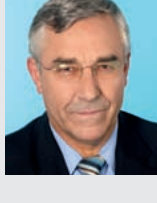
**Solf, Michael**  
CDU  
Wahlkreis 28  
(Rhein-Sieg-  
Kreis IV)



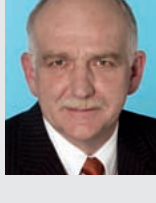
**Wirtz, Josef**  
CDU  
Wahlkreis 11  
(Düren I)



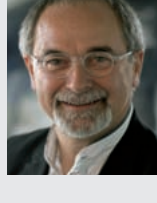
**Boos, Dr. Anna**  
SPD  
Landesreserveliste



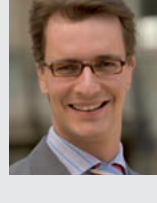
**Palmen, Manfred**  
CDU  
Wahlkreis 54  
(Kleve II)



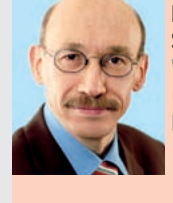
**Schemmer, Bernhard**  
CDU  
Wahlkreis 79  
(Coesfeld I  
– Borken III)



**Stahl, Helmut**  
CDU  
Wahlkreis 29  
(Bonn I)



**Wüst, Hendrik**  
CDU  
Wahlkreis 77  
(Borken I)



**Bovermann, Prof. Dr. Rainer**  
SPD  
Wahlkreis 105  
(Ennepe-Ruhr-  
Kreis I)



**Brunn, Anke**  
SPD  
Landesreserveliste



**Große Brömer, Wolfgang**  
SPD  
Wahlkreis 55  
(Oberhausen I)



**Karthaus, Dr. Gero**  
SPD  
Landesreserveliste



**Leuchtenberg, Uwe**  
SPD  
Landesreserveliste



**Ruhkemper, Cornelia**  
SPD  
Wahlkreis 76  
(Bottrop)



**Eiskirch, Thomas**  
SPD  
Wahlkreis 108  
(Bochum II)



**Hack, Ingrid**  
SPD  
Wahlkreis 13  
(Köln I)



**Kieninger, Gerda**  
SPD  
Wahlkreis 112  
(Dortmund II)



**Link, Sören**  
SPD  
Wahlkreis 63  
(Duisburg IV)



**Schäfer, Ute**  
SPD  
Landesreserveliste



**Eumann, Marc Jan**  
SPD  
Wahlkreis 19  
(Köln VII)



**Hammelrath, Helene**  
SPD  
Landesreserveliste



**Killewald, Norbert**  
SPD  
Landesreserveliste



**Meurer, Ulla**  
SPD  
Landesreserveliste



**Schartau, Harald**  
SPD  
Wahlkreis 113  
(Dortmund III)



**Garbrecht, Günter**  
SPD  
Wahlkreis 92  
(Bielefeld I)



**Haseloh, Karl-Heinz**  
SPD  
Landesreserveliste



**Körfges, Hans-Willi**  
SPD  
Landesreserveliste



**Moron, Edgar**  
SPD  
Landesreserveliste



**Schmeltzer, Rainer**  
SPD  
Wahlkreis 116  
(Unna II)



**Gatter, Stephan**  
SPD  
Wahlkreis 18  
(Köln VI)



**Hendricks, Renate**  
SPD  
Landesreserveliste



**Koschorreck, Elisabeth**  
SPD  
Landesreserveliste



**Nell-Paul, Claudia**  
SPD  
Landesreserveliste



**Schneppe, Petra**  
SPD  
Landesreserveliste



**Gebhard, Heike**  
SPD  
Wahlkreis 74  
(Gelsenkirchen I)



**Hilser, Dieter**  
SPD  
Wahlkreis 66  
(Essen II)



**Kraft, Hannelore**  
SPD  
Wahlkreis 64  
(Mülheim I)



**Peschkes, Theo**  
SPD  
Landesreserveliste



**Schultheis, Karl**  
SPD  
Landesreserveliste



**Giebelmann, Helga**  
SPD  
Landesreserveliste



**Howe, Inge**  
SPD  
Wahlkreis 89  
(Minden-Lübbecke II)



**Kramer, Hubertus**  
SPD  
Wahlkreis 104  
(Hagen II – Ennepe-Ruhr-Kreis III)



**Röken, Wolfgang**  
SPD  
Wahlkreis 71  
(Recklinghausen III)



**Schulze, Svenja**  
SPD  
Landesreserveliste



**Gödecke, Carina**  
SPD  
Wahlkreis 107  
(Bochum I)



**Jäger, Ralf**  
SPD  
Wahlkreis 62  
(Duisburg III)



**Krauskopf, Annegret**  
SPD  
Wahlkreis 111  
(Dortmund I)



**Römer, Norbert**  
SPD  
Landesreserveliste



**Schwarz-Schumann, Helga**  
SPD  
Landesreserveliste



**Gottschlich, Margret**  
SPD  
Wahlkreis 70  
(Recklinghausen II)



**Jörg, Wolfgang**  
SPD  
Wahlkreis 103  
(Hagen I)



**Kuschke, Wolfram**  
SPD  
Wahlkreis 115  
(Unna I)



**Rudolph, Dr. Karsten**  
SPD  
Landesreserveliste



**Sichau, Frank**  
SPD  
Wahlkreis 110  
(Herne I)



**Groschek, Michael**  
SPD  
Wahlkreis 56  
(Oberhausen II – Wesel I)



**Jung, Reinhard**  
SPD  
Landesreserveliste



**Kutschaty, Thomas**  
SPD  
Wahlkreis 65  
(Essen I – Mülheim II)



**Ruff-Händelkes, Monika**  
SPD  
Landesreserveliste



**Sikora, Gabriele**  
SPD  
Wahlkreis 73  
(Recklinghausen V)



Stand: August 2007



Stinka, André  
SPD  
Landesreserveliste



Stüttgen, Gerd  
SPD  
Landesreserveliste



Töns, Markus  
SPD  
Wahlkreis 75  
(Gelsenkirchen II)



Unruhe, Jürgen  
SPD  
Landesreserveliste



Watermann-Krass,  
Annette  
SPD  
Landesreserve-  
liste



Stotko, Thomas  
SPD  
Wahlkreis 106  
(Ennepe-Ruhr-  
Kreis II)



Talhorst, Elke  
SPD  
Wahlkreis 59  
(Wesel IV)



Trampe-Brink-  
mann, Thomas  
SPD  
Landesreserveliste



Veldhues,  
Elisabeth  
SPD  
Landesreserveliste



Wiegand,  
Stefanie  
SPD  
Landesreserve-  
liste



Stotz, Marlies  
SPD  
Landesreserveliste



Tillmann, Angela  
SPD  
Landesreserveliste



Tüttenberg, Achim  
SPD  
Landesreserveliste



Walsken, Gisela  
SPD  
Wahlkreis 60  
(Duisburg I)



Wißen, Bodo  
SPD  
Landesreserve-  
liste



Engel, Horst  
FDP  
Landesreserveliste



Orth, Dr. Robert  
FDP  
Landesreserveliste



Rasche,  
Christof  
FDP  
Landesreserveliste



Wolf, Dr. Ingo  
FDP  
Landesreserve-  
liste



Brockes, Dietmar  
FDP  
Landesreserveliste



Freimuth, Angela  
FDP  
Landesreserveliste



Papke, Dr.  
Gerhard  
FDP  
Landesreserveliste



Romberg, Dr.  
Stefan  
FDP  
Landesreserveliste



Ellerbrock, Holger  
FDP  
Landesreserveliste



Lindner, Christian  
FDP  
Landesreserveliste



Pieper-von Heiden,  
Ingrid  
FDP  
Landesreserveliste



Witzel, Ralf  
FDP  
Landesreserveliste



Beer, Sigrid  
GRÜNE  
Landesreserveliste



Keymis, Oliver  
GRÜNE  
Landesreserveliste



Remmel, Johannes  
GRÜNE  
Landesreserveliste



Asch, Andrea  
GRÜNE  
Landesreserveliste



Düker, Monika  
GRÜNE  
Landesreserveliste



Löhrmann, Sylvia  
GRÜNE  
Landesreserveliste



Seidl, Dr.  
Ruth  
GRÜNE  
Landesreserveliste



Becker, Horst  
GRÜNE  
Landesreserveliste



Groth, Ewald  
GRÜNE  
Landesreserveliste



Priggen, Reiner  
GRÜNE  
Landesreserveliste



Steffens,  
Barbara  
GRÜNE  
Landesreserve-  
liste



Sagel, Rüdiger  
Fraktionslos



# Landtags Nordrhein-Westfalen



**L**andtag intern“ dokumentiert den Wechsel und bringt damit die Galerie der Abgeordnetenporträts auf den neuesten Stand (August 2007). Wenn Sie sich stets gut über die Debatten und Ereignisse im Parlament des Landes informiert wissen möchten, können Sie „Landtag intern“ kostenfrei regelmäßig beziehen.

**D**ie Parlamentszeitschrift „Landtag intern“ informiert umfassend, objektiv und parteipolitisch neutral. „Landtag intern“ erscheint seit 37 Jahren und hat eine Auflage von 30.000 Exemplaren. 14-mal im Jahr finden Sie aktuelle Berichte aus dem Plenum und den Ausschüssen, Nachrichten aus den Fraktionen und Abgeordnetenporträts. Regelmäßig erhalten Parlamentarier Gelegenheit, zu besonderen Schwerpunkten ihre Meinung zu sagen.

**B**estellen können Sie „Landtag intern“ in der Druckausgabe unter der postalischen und unter der Internet-Adresse des Landtags Nordrhein-Westfalen. Noch einfacher ist der regelmäßige Bezug als E-Paper: Hier genügt auf der Homepage des Landtags ([www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)) ein Klick auf das Feld „Parlamentszeitschrift“. Dort lässt sich „Landtag intern“ bestellen, einzelne Artikel lassen sich auch downloaden.

Foto: Schälte

## Wörtchen mit Wirkung

### Wirtschaften und Wählen auf kommunaler Ebene

*Manchmal macht ein einziges Wort den Unterschied, manchmal auch nur dessen Interpretation. Paragraph 107 der Gemeindeordnung regelt, wann sich Kommunen wirtschaftlich am Markt betätigen dürfen. Voraussetzung war bisher der Nachweis, dass ein „öffentlicher Zweck“ die Betätigung erfordert. Im Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. 14/3979) wird daraus nun ein „dringender“ öffentlicher Zweck. Welche Folgen sich aus diesem zusätzlichen Wort ergeben, diskutierte der Kommunalausschuss (Vorsitz Edgar Moron, SPD) vergangene Woche mit über 30 Experten.*

Foto: Schälte

Die Idee, die die Regierungskoalition damit verfolgt: Mehr Wettbewerb durch den Grundsatz „Privat vor Staat“. Vor allem Kommunen, deren Spitzenverbände und die Vertreter verschiedener Stadtwerke kritisierten die geplante Regelung als „in ihrer Schärfe bundesweit ohnegleichen“. Sie verbiete beispielsweise Stadtwerken künftig das Geschäftsmodell Contracting genauso, wie jegliche Betätigung außerhalb der Gemeindegrenzen. Außerdem müssten sie – Prinzip der verschärften Subsidiarität – nun in jedem Falle nachweisen, dass sie besser sind als jeder private Anbieter. Das neue Gesetz verurteile die Unternehmen in kommunalem Besitz zu wirtschaftlichem Stillstand. „Tod auf Raten“, sagten die Kritiker und sahen ihre Betriebe langfristig vor dem Aus. Da helfe auch die Bestandsschutzklausel nicht. Schütze sie doch nur das Bestehende, aber nicht dessen Weiterentwicklung.

Überhaupt gehe es nicht um „Privat vor Staat“, sondern um „Privat vor Kommunal“, wurde eingewandt. Gleichzeitig bemängelte man, dass die Beteiligungen des Landes nicht unter eine solche Regelung fallen. Gerade

kommunale Unternehmen seien Garanten für Aufträge in dreistelliger Millionenhöhe an heimische Firmen. Von Beschwerden aus dem Handwerk, dass kommunale Unternehmen dem Mittelstand Aufträge wegnehmen, wollte man nichts wissen.

Dies sahen der NRW-Handwerkstag sowie die Vertreter der privaten Wohnungsunternehmen, der Entsorger und der Gartenbaubranche natürlich anders. Sie hatten Beispiele parat, wo sich Handwerker am Ende als Subunternehmer wiederfanden, ausgelagerte Bauhöfe Aufgaben übernehmen, die sonst beim örtlichen Landschaftsbauer gelandet wären. Darum ihre Forderung: Zusätzlich die Privilegien staatlicher Wirtschaftsbetriebe genauer unter die Lupe zu nehmen. „Wo ist denn das Insolvenzrisiko?“

Unterschiedlich fielen die Einschätzungen bei Wissenschaftlern und Juristen aus. Während einige die Regelung schlicht für verfassungswidrig hielten, erhebliche Auswirkungen befürchteten, setzten andere auf Spielräume, die die Rechtsprechung den Kommunen auch bisher eingeräumt habe. Allein eine verfassungsrechtliche Notwendigkeit wollte niemand

ableiten. Dass es trotzdem Handlungsbedarf gibt, verdeutlichten die Industrie- und Handelskammern. Ansonsten werde man sich mit Regelungen auseinandersetzen müssen, die vom Europäischen Gerichtshof oder dem Bundesfinanzhof (Stichwort Steuerprivileg) auf den Weg gebracht würden.

Die Kritiker hatten aber auch mehrere Kompromissvorschläge im Gepäck: Wenn der Paragraph 107 nicht bleiben könne wie bisher, müsse die Besitzstandsklausel auf sinnvolle Entwicklung hin dynamisiert werden. Denkbar scheint auch die Aufnahme von „Wettbewerbsunternehmen“ in die Gemeindeordnung. Firmen, die zwar in kommunaler Trägerschaft sind, jedoch auf alle Privilegien verzichten. Vorschläge, die noch bis zum 5. September eingearbeitet werden könnten. Dann entscheidet der Ausschuss. Die intensiven Gespräche jedenfalls gingen auch nach Ende dieser Anhörung weiter.

### WAHLRECHT

Am folgenden Tag war die Änderung des Wahlrechts auf kommunaler Ebene Gegenstand der Diskussionen bei der zweiten Anhörung im Kommunalausschuss.

Im Mittelpunkt des Entwurfs standen dabei die Ausgestaltung des Bürgermeisteramtes und sein Verhältnis zum Rat. Hier will die Koalition den Verwaltungschefs im Bereich Personal mehr Kompetenzen zuweisen, die Altersgrenze kappen, die Amtszeit auf sechs Jahre verlängern und somit die Wahl von der des Kommunalparlamentes abkoppeln. Gleichzeitig sollen Aufwandsentschädigungen für Ratsmitglieder so geregelt werden, dass Einzelpersonen und kleine Gruppen davon profitieren. Ausschüsse sollen künftig nach dem Hare/Niemeyer-Verfahren besetzt werden.

Reichlich Stoff für eine Fachdebatte. Die war aber vor allem geprägt von dem Willen, den Rahmen für Kommunalpolitik so zu gestalten, dass „wir die Fachleute, die wir brauchen, auch bekommen“. So rieten einige Experten, die Amtszeit für Bürgermeister auf acht Jahre zu verlängern. Das wäre für Quereinsteiger attraktiver. Kritisch gesehen wurde die Absenkung der Fraktionsgrößen und der Einwohner-Schwellengröße, ab der Kommunen Aufgaben des Kreises übernehmen können.

Diskussionen dürfte es noch zum Thema Freistellung für Ratsmitglieder und Aufwandsentschädigungen geben. Vielleicht, so ein Rat aus dem Expertenkreis, müsste man das unabhängig vom Entwurf noch einmal grundsätzlich diskutieren. Schließlich werde auch die neue Gemeindeordnung „nicht in Stein gemeißelt“. So will die Koalition im kommenden Jahr weitere Änderungen in Bezug auf die Ausländerbeiräte ausarbeiten. vok

## Streit um Mitbestimmung

### Anhörung zur geplanten Novellierung des Personalvertretungsrechts

*Während sich Abgeordnete des Innen- sowie des Haushalts- und Finanzausschusses (Vorsitzende Winfried Schittges, CDU, und Anke Brunn, SPD) im Plenarsaal das Expertenurteil zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG) einholten, demonstrierten tausende Beschäftigte des öffentlichen Dienstes vor dem Parlament gegen die Pläne.*



Fotos: Schälte

Tausende von Demonstranten kamen beim Anhörungstermin zum lautstarken Protest vor dem Landtag zusammen.

Ende April hatte die Landesregierung den Gesetzentwurf zur Änderung des Personalvertretungsrechts und schulrechtlicher Vorschriften (Drs. 14/4239) eingebracht. Demnach sollen die Personalhoheit der Dienstherrn gestärkt und die Mitbestimmungsrechte der Personalvertretungen eingeschränkt werden. Dies sei ein wichtiger Baustein für eine umfassende Verwaltungsstrukturreform und ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung durch weiteren Stellenabbau im öffentlichen Dienst. „Die Handlungsspielräume der Entscheidungsträger in den Behörden sind in der Vergangenheit durch den stetigen Ausbau der Beteiligungsrechte der Personalräte eingeschränkt worden“, heißt es in der Gesetzesbegründung. Zudem habe sich mit der Novelle aus dem Jahre 1984 das nordrhein-westfälische Recht weit vom Bundesrecht entfernt. Der nun vorgelegte Gesetzentwurf orientiere sich hingegen wieder eng am Bundespersonalvertretungsrecht (BPersVG).

Fazit der Landesregierung: „Der Gesetzentwurf schafft ein zeitgemäßes Personalvertretungsrecht, das die berechtigten Belange der Beschäftigten wahrt und zugleich den Interessen des Landes an einer effektiv und effizient arbeitenden Verwaltung dient.“

Dieser Einschätzung widersprachen die Vertreter der Gewerkschaften. Nach Auffassung des nordrhein-westfälischen DGB ist die Novelle überflüssig, für die Modernisierung des

öffentlichen Dienstes schädlich und führe nicht zu einer Verbesserung der Handlungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung, sondern zu ihrer „Erstarrung“. Tatsächlich stehe die Stärkung des Direktionsrechts, die damit verbundene Schwächung der Rechte der Personalräte und der Beschäftigten als eigentliches Ziel im Vordergrund. Was auf den ersten Blick wie eine Anpassung an das BPersVG aussehe, stelle sich nach genauem Hinsehen als eine deutliche Verschlechterung auf Landesebene heraus.

Rückendeckung erhielt der DGB von den Fachgewerkschaften des Deutschen Beamtenbundes (dbb). Durch „populistische“ Argumentation versuche die Landesregierung tiefgreifende Einschnitte bei den Mitbestimmungsrechten der Beschäftigten vorzunehmen. Den Menschen in NRW werde suggeriert, die Verwaltungsstrukturen seien deshalb unmodern, teuer und ineffektiv, weil die Arbeitnehmerseite in Gestalt ihrer Personalvertretungen Modernisierung und Effizienz verhindere. In Wahrheit gehe es der Landesregierung darum, ihr parallel zur LPVG-Novellierung laufendes Stellenabbau-Programm möglichst widerstandslos umzusetzen. Denn ein qualitativ gut ausgestatteter Personalrat mit entsprechenden Rechten würde es nicht zulassen, wenn Beschäftigte als eine Art Reservearmee missbraucht und nach Gutdünken von einem Arbeitsplatz zum nächsten

geschoben werden. „Mit der Novellierung des LPVG schafft sich die Landesregierung diesen ‚Störfaktor‘ kurzerhand vom Hals“, so der Vertreter des dbb.

Deutlich ablehnend äußerte sich auch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW): Mit dem Gesetzentwurf werde ein Paradigmenwechsel in der Beteiligungskultur des öffentlichen Dienstes eingeleitet. Insbesondere die Beschäftigten in den Schulen würden im Rahmen der Novellierung massiv benachteiligt, „als wären sie Beschäftigte zweiter Klasse“ – so der Sprecher der GEW. Die Landesregierung bleibe deutlich hinter ihrem selbst formulierten Anspruch zurück, indem sie die Regelungen des BPersVG für die Schule nicht zu übernehmen gedenke. Zudem seien die Chancen für eine verfassungsgemäße Bereinigung des LPVG sowie des Schulgesetzes nicht genutzt worden.

Von „Wut und Enttäuschung“ der Personalräte über die geplanten Einschränkungen beim Mitbestimmungsverfahren berichtete der Vertreter der Kommunalgewerkschaft für Beamte und Arbeitnehmer (komba). Bisher habe sich das Land NRW für sein modernes und flexibles Personalvertretungsrecht rühmen können. Mit dem jetzt zur Diskussion stehenden Gesetzentwurf würden die fortschrittlichen Mitbestimmungsrechte reduziert oder ganz gestrichen.

ax

Die beiden Vorsitzenden: Anke Brunn (Haushalts- und Finanzausschuss) und Winfried Schittges vom Innenausschuss.



# „Nichtstun ist keine Alternative“

## Energie-Ausschuss hört Experten zu neuen Kraftwerks-Technologien

Um bis zu 30 Prozent will Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) den Ausstoß des Treibhausgases Kohlendioxid in Nordrhein-Westfalen bis zum Jahr 2020 senken. Die Grünen fordern die Landesregierung deshalb in einem Antrag (Drs. 14/4477) dazu auf, konkrete Konzepte für den Klimaschutz vorzulegen. Erfolgversprechend erscheinen neue Kraftwerks-Technologien, die eine CO<sub>2</sub>-freie Energieerzeugung aus fossilen Brennstoffen ermöglichen. Über die Fortschritte und Probleme der praktischen Umsetzung informierte sich der Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie (Vorsitz Franz-Josef Knieps, CDU) in einer Anhörung.



Wie die Abgeordneten von den eingeladenen Vertretern der großen Kraftwerksbetreiber erfuhren, stehen derzeit der Nutzung der klimafreundlichen Technologien noch viele ungeklärte Fragen im Weg. „Wir gehen davon aus, dass die kommerzielle Verfügbarkeit frühestens ab dem Jahr 2020 möglich ist“, machte Dr. Johannes Heithoff für den Energieproduzenten RWE Power AG vor dem Ausschuss deutlich. Schon ab dem Jahr 2014 wolle das Unternehmen ein erstes Test-Kraftwerk mit einer Leistung von 400 Megawatt in Betrieb nehmen.

Hauptproblem der Kraftwerksbetreiber ist auf lange Sicht die Suche nach geeigneten Stätten für die Endlagerung des Kohlendioxids, das in einem aufwändigen Verfahren von entstehenden Rauchgasen getrennt und dann unter großem Druck verflüssigt wird. „Kohlendioxid hat im Gegensatz zum Atommüll keine Halbwertszeit“,

gab Karl Schnadt von der Essener STEAG GmbH zu bedenken. Da wichtige Fragen zur rechtlichen Haftung und zu den erwarteten Ewigkeitskosten der Endlagerung noch nicht abschließend geklärt seien, wolle sich sein Unternehmen bislang nicht an der Umsetzung der neuen Verfahren beteiligen. Schnadt befürchtete zudem, dass der Transport des abgeschiedenen Treibhausgases mit weitaus größeren infrastrukturellen Hindernissen als bisher angenommen verbunden ist: „Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir für die Endlagerung des Kohlendioxids einfach eine riesige Pipeline quer durch Deutschland verlegen können“, sagte er.

„Wenn wir nicht wissen, wo das Kohlendioxid tatsächlich sicher gelagert werden kann, dann nutzt uns die gesamte Technologie überhaupt nichts“, erklärte auch Dr. Gabriela von Goerne im Namen der Umweltschutzorganisation Greenpeace. Möglicherweise könnte sich

das Erdreich im Münsterland, in Ostwestfalen und im Ruhrgebiet für eine Endlagerung der schädlichen Treibhausstoffe anbieten, deutete Professor Dr. Josef Klostermann vom Geologischen Dienst Nordrhein-Westfalen an. Er gab den Abgeordneten allerdings zu bedenken, dass bislang kaum wissenschaftliche Erkenntnisse zu den erwartbaren chemischen Reaktionen des Kohlendioxids tief unter der Erdoberfläche vorlägen. „Zu dieser Frage besteht ein ganz erheblicher Forschungsbedarf über die nächsten Dekaden“, so Klostermann.

Die Umsetzung der klimafreundlichen Kraftwerksprozesse sei auf jeden Fall mit einem immensen technischen Aufwand verbunden, erklärte Professor Dr. Frank Schilling vom Potsdamer Geoforschungszentrum. Er betonte außerdem, dass die CO<sub>2</sub>-arme Energiegewinnung aus fossilen Brennstoffen allenfalls als „Brückentechnologie“ für die nächsten Jahrzehnte verstanden werden dürfe, bevor die Energiegewinnung endgültig auf erneuerbare Ressourceträger umgestellt werden müsse.

### WIRKUNGSGRAD

Den Abgeordneten des Ausschusses stellte sich die Frage nach langfristigen Planungen für eine klimafreundliche Energieproduktion. „Jedes Kraftwerk, das heute errichtet wird, sollte bereits mit Option auf eine technologische Nachrüstung ausgestattet werden“, erklärte Professor Dr. Klaus Görner von der Universität Duisburg-Essen (Lehrstuhl für Umweltverfahrens- und Anlagentechnik). Da die hochkomplexen Anlagen für eine Verflüssigung des Kohlendioxids große Flächen in Anspruch nehmen, müsse beim Neubau von Kraftwerken schon frühzeitig an eine spätere Integration dieser Verfahrenstechnik gedacht werden. „Die nachträgliche Aufrüstung stellt für unsere neuen Kraftwerke kein technisches Problem dar“, sagte Helmut Rode von der E.ON Energie AG aus München.

Die Einführung der neuen Klimaschutz-Technologien, darin waren sich alle Experten der Energie-Unternehmen einig, müsse sich allerdings auch im Hinblick auf wirtschaftliche Effizienzkriterien lohnen. Der Betrieb eines CO<sub>2</sub>-freien Kraftwerks verbräuche größere Mengen an fossilen Brennstoffen als die bisherigen Anlagen, da die Umsetzung mit einem Wirkungsgradverlust von schätzungsweise 10 bis 15 Prozent einhergehen werde. „Bei alten Anlagen macht die Nachrüstung deshalb keinen Sinn, da der Wirkungsgrad dann nur bei knapp über 20 Prozent liegen würde“, erklärte STEAG-Sprecher Karl Schnadt den Abgeordneten. Alexander Boehringer als Vertreter des Umweltbundesamtes forderte – trotz aller bestehenden Probleme – weitere Anstrengungen: „Nichtstun ist keine Alternative.“

SW

# Feinstaub – die unerforschte Gefahr?

## Fachleute diskutieren über Ursachen und Lösungen

*Die gesundheitsschädigende Wirkung durch Langzeitbelastungen auf den Menschen gilt als wissenschaftlich erwiesen. Weniger Klarheit herrscht in der Frage nach intelligenten Lösungsstrategien zur Reduzierung der Feinstäube. Eine Frage, die insbesondere für das Land NRW von großem Interesse ist, beherbergt es doch mit der Rhein-Ruhr-Region einen der größten industriellen Ballungsräume Europas. Aus diesem Grund hatten Mitglieder des Umweltausschusses (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU) sowie des Verkehrsausschusses (Vorsitz Wolfgang Röken, SPD) Sachverständige zu einer Anhörung in den Landtag eingeladen.*

Als Diskussionsgrundlage dienten ein Antrag von CDU und FDP (Drs. 14/3042) sowie ein Entschließungsantrag der Grünen (Drs. 14/3132). Die zentrale Forderung lautet, NRW als eine europäische Modellregion

nahmen an besonders belasteten Stellen, so genannten „hot spots“, aus. Gleichzeitig machte er deutlich, dass noch umfangreicher Forschungsbedarf bei Umweltauswirkungen sowie Quellen von Feinstaub bestehe. Es stehe jedoch außer

Kritik an der geplanten „Umweltzone Ruhrgebiet“ äußerte hingegen Michael Pieper von der Vereinigung der Industrie- und Handelskammern NRW: Dies stelle einen „extremen Eingriff in den gesamten Wirtschaftsraum“ dar. Er gehe davon aus, dass dann 30 Prozent der Service- und Dienstleistungsfahrzeuge im Ruhrgebiet nicht mehr fahren dürfen. Insbesondere klein- und mittelständische Betriebe seien davon in ihrer Existenz gefährdet. Er forderte die Entscheidungsträger zu verantwortungsvollem Abwägen auf. Unterstützung erhielt er von Marcus Hofer, Sprecher des Verbands Güterkraftverkehr und Logistik Nordrhein: Verkehrsvermeidung durch Aufstellen von Verbotsschildern könne keine Lösung sein. „Straßensperrungen führen



Foto: Schälte

Großer, aber nicht einziger Produzent von Feinstaub – der motorisierte Personen- und Güterverkehr auf unseren Straßen.

zur effizienten und großflächigen Lösung der Feinstaubprobleme zu entwickeln. Angestrebt wird ein Verbundprojekt mit den Beneluxstaaten. Feinstaub mache schließlich nicht an den Grenzen halt. „Statt weiter auf kurzfristige und räumlich sehr begrenzte Maßnahmen zu setzen, ist der Fokus auf eine langfristige Luftreinhaltepolitik zu richten“, heißt es im Koalitionsantrag. Die Grünen fordern zudem ein stärkeres Engagement der Landesregierung auf Bundes- und EU-Ebene, um „kurzfristig anspruchsvolle Abgasgrenzwerte für Pkw und Nutzfahrzeuge festzulegen, die sowohl der Feinstaub- als auch der Stickstoffdioxid-Problematik gerecht werden“.

Diese Zielrichtung wurde von der Mehrzahl der Sachverständigen begrüßt. Professor Dr. Peter Bruckmann vom Landesamt für Umweltschutz NRW sprach sich für eine Kombination von großräumigen sowie an den Quellen orientierten Maßnahmen mit lokalen Einzelmaß-

nahmen an besonders belasteten Stellen, so genannten „hot spots“, aus. Gleichzeitig machte er deutlich, dass noch umfangreicher Forschungsbedarf bei Umweltauswirkungen sowie Quellen von Feinstaub bestehe. Es stehe jedoch außer Frage, dass hohe Konzentrationen von Feinstäuben zu den Hauptursachen für chronische Lungen- und Bronchialerkrankungen gehören, ergänzte Dr. Ulrike Beiteke von der Ärztekammer Westfalen-Lippe. „Bei einer deutlich reduzierten Feinstaubbelastung könnten die Europäer im Schnitt zehn Monate länger leben.“

Für „die zügige Einrichtung großräumiger Umweltzonen“ sprach sich Dirk Jansen vom NRW-Landesverband des BUND aus. Die Luftreinhaltepolitik in NRW bezeichnete er trotz punktueller Verbesserungen als „völlig unzulänglich“. Bei der Diskussion über Fahrverbote sei die Belastung durch die Industrie in den Hintergrund getreten. Dabei Sorge diese für mehr als die Hälfte aller Feinstaubemissionen und hohe Schornsteine bewirkten eine weiträumige Verteilung der Schadstoffe. „Wer jetzt den Bau neuer Kohlekraftwerke genehmigt, macht alle Bemühungen zur Feinstaubreduktion zunichte.“

zu Umwegen und damit zu einer Erhöhung der Emissionen.“ Flüssiger Verkehr durch den Ausbau des innerstädtischen Verkehrsnetzes sowie durch intelligente Verkehrsführung seien aus seiner Sicht die geeigneten Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität.

Axel Welge vom Deutschen Städtetag regte an, die Nachrüstung von Pkw mit Rußpartikelfiltern nicht nur durch Steueranreize attraktiv zu gestalten, sondern diese verbindlich vorzuschreiben. Mit der so genannten „Stuttgarter Erklärung“ habe die deutsche Autoindustrie bereits im Jahr 2004 ein „weltweit einmaliges Signal“ für den Einsatz von Dieselpartikelfiltern gesetzt, entgegnete Dr. Stefan Wöhrl vom Verband der Automobilindustrie. Erklärtes Ziel sei es, bis 2008/09 alle in Deutschland abgesetzten Dieselfahrzeuge mit entsprechenden Filtern anzubieten. Derzeit liege die Quote bei Neuwagen schon bei 91 Prozent. ax

## +++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Bürgerinnen und Bürger haben manchmal Ärger mit Ämtern und Behörden. Der **Petitionsausschuss** (Vorsitz Inge Howe, SPD) des Landtags hilft. Die nächste Sprechstunde in der Dependance des Landtags, der Villa Horion, ist für den 17. September 2007 vorgesehen. Um daran teilnehmen zu können, ist eine telefonische Anmeldung unter 0211/884-4444 erforderlich.

+++

Die PFT-Belastung des Trinkwassers im Hochsauerlandkreis bietet keinen Anlass zur gesundheitlichen Besorgnis“, das bekräftigte Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) jetzt im **Umweltausschuss** (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU). Die Trinkwasserkommission des Umweltbundesamtes habe dies bestätigt. Die Sanierung der am stärksten mit der Industriechemikalie verseuchten Ackerflächen in Brilon-Scharfenberg habe den erwarteten Erfolg gezeigt. Nichtsdestotrotz sei davon auszugehen, dass PFT noch mehrere Jahre aus den kontaminierten Ackerflächen ausgespült werde. Daher habe sich die Wasserwirtschaft dazu verpflichtet, kurzfristig 60 Millionen Euro zu investieren, um die Wasserwerke an der Ruhr zu modernisieren und mit Aktivkohlefiltern nachzurüsten. Ziel sei es, die PFT-Trinkwasserbelastung dauerhaft auf unter 100 Nanogramm pro Liter zu senken. Dabei gelte ein Wert von 300 Nanogramm bei lebenslanger Aufnahme bereits als unbedenklich. Johannes Remmel (GRÜNE) warf dem Minister vor, das Problem kleinzureden und die verursachenden Industriebetriebe geheim zu halten. Zudem bezeichnete er die Sanierungsversuche als „dilettantisch“. Uhlenberg wies die Vorwürfe als „atemberaubenden Unsinn“ zurück. Remmel verbreite bewusst Falschbehauptungen und spiele mit den Ängsten der Menschen.

+++

Junge Menschen bewegen sich zu wenig, die Zahl übergewichtiger Kinder nimmt zu. Der **Sportausschuss** (Vorsitz Axel Wirtz, CDU) informierte sich über zwei Programme, die gegensteuern sollen. Sportminister Dr. Ingo Wolf (FDP) sowie an den Projekten beteiligte Wissenschaftler berichteten: An Schulen versucht die Deutsche Sporthochschule

mit einem stufenförmigen Programm namens „CHILT“ (Children's Health Interventional Trial) Prävention zu leisten. Es werden Unterrichtsmaterialien, Lehrerfortbildungen und „Bewegungspausen“ angeboten. Gemeinsam mit Sportvereinen will das vom Land geförderte Projekt „schwer mobil“ übergewichtige Kinder für den Sport begeistern. Ernährungsberatung und aktive Elternarbeit runden dabei die im Zentrum stehenden Kursangebote ab. Die beiden Projekte weisen erste Erfolge auf und werden weitergeführt.



Seit vier Monaten ist er im Amt, jetzt stellt er sich zum ersten Mal im **Rechtsausschuss** (Vorsitz Dr. Robert Orth, FDP) vor und gab den Abgeordneten einen Einblick in seine Tätigkeit: Die Rede ist von Rolf Söhnchen (65), ehemaliger Amtsgerichtsdirektor in Remscheid und seit April Ombudsmann für den NRW-Justizvollzug. Nach dem grausamen Foltermord von Sieburg im November 2006 hatte Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter (CDU) die Institution des „JVA-Ombudsmanns“ neu geschaffen – bislang einmalig in Deutschland. Alle, die vom Justizvollzug betroffen sind – also in erster Linie die Gefangenen, deren Angehörige sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Vollzugsdienst – finden mit ihren Beschwerden, Problemen oder Anregungen ein offenes Ohr beim Ombudsmann. Seine Hauptaufgabe besteht in erster Linie in der Vermittlung. Durch Aushänge und Flyer (in vier Sprachen) werde in den 37 Justizvollzugsanstalten im Land derzeit auf die Existenz und die Funktion des Ombudsmanns aufmerksam gemacht. Bislang seien bereits über 200 Eingaben bei Söhnchen eingegangen. Rund zehn Prozent stammten von JVA-Bediensteten.

Die Situation der WestLB nach der Aktienaffäre beschäftigte erneut den Landtag. Vertreter aller Fraktionen betonten im **Haushalts- und Finanzausschuss** (Vorsitz Anke Brunn, SPD), die Landesbank müsse nach der Affäre um Millionen-Spekulationen im Eigenhandel wieder in „ruhigeres Fahrwasser“ gelangen. Dies sei die vorrangige Aufgabe des neuen Vorstandsvorsitzenden der WestLB, Alexander Stuhlmann, sagte Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU). SPD und Grüne forderten mehr Transparenz und Schnelligkeit bei der Aufklärung des Skandals. Endgültige Konsequenzen aus der Affäre könne der Minister jedoch erst ziehen, wenn der Abschlussbericht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) vorliegt. Dieser werde Ende August/Anfang September erwartet. „Der Aufsichtsrat hat alle rechtlichen Optionen offengehalten“, so Linssen. Zeitungsberichte über eine angebliche Abfindung in Höhe von fünf Millionen Euro für den Ex-WestLB-Chef Dr. Thomas Fischer dementierte der Minister: „Da ist überhaupt nichts dran.“ Fischer war Ende Juli vom Aufsichtsrat abberufen worden. Hintergrund sind Fehlspekulationen im Eigenhandel, die bei der Bank einen Verlust von mehr als 240 Millionen Euro verursacht haben.

+++

Jedes fünfte Kind in Nordrhein-Westfalen spricht nicht so gut Deutsch, wie es eigentlich Deutsch sprechen müsste.“ Darüber informierte Integrationsminister Armin Laschet (CDU) den **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration** (Vorsitz Andrea Milz, CDU). Laschet bezog sich auf erste Schätzungen der landesweit vorgenommenen Sprachstandsfeststellung für Vierjährige, wie sie das neue Schulgesetz verbindlich für alle Kinder bereits zwei Jahre vor der Einschulung vorschreibt. So geht der Minister davon aus, dass rund 34.000 Kinder in ihrer sprachlichen Entwicklung staatlich gefördert werden müssen. Die Erhebung zählt zum „Aktionsplan Integration“, den die Landesregierung im vergangenen Jahr beschlossen hatte. Über den weiteren Stand der Umsetzung will der Minister dem Integrationsausschuss regelmäßig berichten.

# Auf dem Weg zum gläsernen Betrieb?

## Sachverständige zu Vor- und Nachteilen von zwei Gesetzentwürfen

*Die Position der Verbraucherinnen und Verbraucher zu stärken und ihnen einen besseren Zugang zu Informationen über das Lebensmittel- und Futterrecht zu eröffnen – das ist Ziel der Gesetzgebung. Zwei Textentwürfe liegen dazu in unserem Land vor – einer von der Fraktion der Grünen (Drs. 14/3855) und einer der Landesregierung (Drs. 14/4191). Um beide ging es in einer Anhörung des Ausschusses für Umwelt- und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU).*

Über den Handlungsbedarf des Landes waren sich die Sprecher aus Wirtschaft, Verbraucherschutz, aus Umwelthilfe, dem Umweltschutz, den kommunalen Spitzenverbänden und des Lebensmittelrechts einig. Ein schnelles Vorpreschen von NRW und den übrigen Ländern in der Gesetzgebung lehnten sie aus praktischen Gründen ab: Besser sei es abzuwarten, welche Regelungen im Bundesgesetz verabschiedet würden, um dann das Landesgesetz anzugleichen. „Viele verschiedene Landesgesetze schaffen keine Transparenz, sondern verwirren den Verbraucher“, führte Dr. Cornelia Ziehm von der Deutschen Umwelthilfe aus. Auch aus Gründen der Umsetzbarkeit seien weitestgehend bundeseinheitliche Regelungen empfehlenswert, sekundierte Dr. Peter Achten vom Einzelhandelsverband NRW.

Auf die Frage nach eventuell negativen Auswirkungen auf die Wirtschaft sprach der Einzelhandelsverband NRW die Gefahr der vorschnellen Information über unbegründete Vermutungen an. Die Folgen seien für unschuldige und vor allem kleine Unternehmen verheerend. Hier müsse eine Interessensabwägung stattfinden. Um die Probleme zu vermeiden, dürften Behörden nur gesicherte Informatio-

nen nach gründlicher Prüfung des Sachverhaltes herausgeben, regte Josef Zipfel vom NRW-Handwerkstag an. In diesem Zusammenhang begrüßte der Einzelhandelsverband, dass der Gesetzesentwurf der Landesregierung lediglich eine Informationspflicht für Behörden, aber nicht für Unternehmen vorsieht. Positiv zu werten sei auch die Tatsache, dass die Informationen nur dann herausgegeben werden müssen, wenn sie vom Verbraucher angefordert werden.

### BETRIEBSGHEIMNISSE

Ausschließlich gesicherte Informationen seien nach Ansicht der Verbraucherzentrale NRW, vertreten durch Beate Wagner, weiterzugeben. Es sei aber unverständlich, warum nicht auch die Unternehmen verpflichtet werden sollten, den Verbraucherinnen Rede und Antwort zu stehen. Weiter noch: Um den Verbraucher „auf Augenhöhe“ zu holen, müssten die Behörden die Konsumenten ohne vorherige Aufforderung darüber informieren, sobald ihnen ein Verstoß eines Unternehmens gegen ein Gesetz bekannt werde. Eine aktive Behörde mit Einblick in die Unterlagen des Betriebs forderte

Friedrich Ostendorff vom Landesverband des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). „Wir brauchen ein gläsernes Unternehmen und ein gläsernes Produkt. Nur so kann man die Kette der Geschehnisse nachvollziehen.“

Diese Forderung hielt die Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen Spitzenverbände vor allem mit Blick auf Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse für unrealistisch.

Dass dieser Begriff im Gesetzesentwurf der Regierung nicht ausreichend definiert sei, kritisierten die Vertreter der Verbraucherzentrale, der Deutschen Umwelthilfe und des BUND. „Durch die vagen Regelungen, was ein Geschäftsgeheimnis ist, darf nicht die Flucht möglich sein. Aus solchen Regelungen darf der Anspruch der Verbraucher nicht ad absurdum geführt werden“, fasste Dr. Detlef Groß vom Einzelhandelsverband die Meinungen der meisten Experten zusammen. Die Abschaffung der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse sei jedoch keine Lösung, so Dr. Hans Lühmann von den Kommunalen Spitzenverbänden.

Es gibt noch andere „Knackpunkte“ des Gesetzesentwurfs der Landesregierung. Das stellte sich in der Anhörung heraus. Vor allem geht es dabei um Fragen nach der Finanzierung der Informationsleistung, die Frage nach der Ausdehnung der Informationspflicht auf andere Produkte und Dienstleistungen sowie um eine Grenze für die Gebühren, die auf den Verbraucher durch die Anfrage nach Informationen zukommen. Allgemeine Zustimmung fand vor allem die vorgesehene Überprüfung des Gesetzes nach zwei Jahren Wirkungszeit. MS

## Hoher Besuch aus Berlin

Der Botschafter des Königreichs Belgien, Mark Geleyn (l.), nahm an der Sitzung des Ausschusses für Bauen und Verkehr zum Thema „Eiserner Rhein“ teil, nachdem er zunächst von Landtagspräsidentin Regina van Dinther empfangen worden war. Auch Vertreter der niederländischen Provinz Limburg hörten interessiert zu, als Minister Oliver Wittke (CDU) zum Gutachten über mögliche Trassenführungen der Eisenbahnverbindung zwischen Antwerpen und NRW Stellung nahm. Als Ergebnis der Beratungen stellte Ausschussvorsitzender Wolfgang Röken (SPD, Bildmitte, mit Heinz Sahnen, CDU) fest, dass alle Fraktionen konstruktiv aber nicht unkritisch die weiteren Verfahrensschritte begleiten und im Herbst über einen gemeinsamen Antrag beraten wollen.

Foto: Schälte



## Ohne Vergangenheit keine Zukunft

Die Bewahrung des kulturellen Gedächtnisses ist kein nebensächliches Politikfeld. Ohne eine reflektierte Vergangenheit kann unsere Zukunft nicht gestaltet werden“, betonte der kulturpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Professor Thomas Sternberg (Bild). Um fruchtbar mit der Vergangenheit umgehen zu können, bedürfe es notwendiger Voraussetzungen für ein gesellschaftliches Gedächtnis. Hierzu gehöre vor allem, dass sämtliche Dokumente, die das kulturelle, politische und wirtschaftliche Leben unserer Gesellschaft dokumentieren und bezeugen, gesammelt und bewahrt werden – seien sie schriftlicher, bildlicher, auditiver, digitaler, analoger oder multimedialer Art. Sternberg: „Aber auch Zeugnisse in dinglicher Gestalt, wie zum Beispiel die Objekte in Museen oder auch Baudenkmäler bis hin zu ganzen Stadtbildern, gilt es zu schützen und ihre Sammlung und Bewahrung zu ermöglichen. Gedenkstätten haben hier ebenso eine besondere Funktion.“

Eine verantwortliche Politik des Erinnerens muss im Zusammenhang der Bewahrung und Erhaltung der historisch relevanten Zeugnisse

vor allem folgende Fragen beantworten: Welche Zeugnisse, seien es Dokumente, Objekte oder auch Baudenkmäler, sollen in welcher Verantwortung bewahrt, gepflegt und gesichert werden? Welche Zeugnisse sollen öffentlich zugänglich sein? „Wir fordern die Landesregierung deshalb auf, eine Bestandsaufnahme unter Berücksichtigung der genannten Fragen zu entwickeln, um die Erhaltung historisch relevanter Zeugnisse aufgrund auch von wissenschaftlichen Entscheidungskriterien für die Aufbewahrung und durch Koordination und Vernetzung der beteiligten Institutionen zu ermöglichen“, sagte der CDU-Abgeordnete.

Erinnerungskultur beschränkt sich aber nicht ausschließlich auf die Bewahrung und Aufarbeitung von historischen Quellen. Sternberg: „Insbesondere auch die Zeugnisse künstlerischen Schaffens gehören zum kulturellen Gedächtnis einer Gesellschaft. Wir fordern die Landesregierung auf, die Planungen für ein Programm



zur Restaurierung von Kunstwerken, insbesondere von Bildern, auf den Weg zu bringen. Bei der Entwicklung eines solchen Programms sollten die Möglichkeiten der Kooperation mit privaten Anbietern, Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen in Fragen der Restaurierung berücksichtigt und intensiviert werden.“

Als eine weitere wichtige Aufgabe in diesem Zusammenhang bezeichnete der CDU-Kultur-Experte die Aufbewahrung von Künstler-Nachlässen in Nordrhein-Westfalen. „Es sollte ein zukunftsfähiges Konzept für diese wichtige gedächtnispolitische Aufgabe erarbeitet werden. Durch die schwierige finanzielle Situation der Kirchen häufen sich die Schließungen von Kirchengebäuden. Hierdurch stellt sich die Frage der Archivierung und Bewahrung von Glaskunst. Zusammen mit den Eigentümern der Kirchengebäude und den Künstlern müssen daher Lösungen für diese Problematik entwickelt werden.“

## FDP will Lebensmittelkontrollen ausweiten



Die FDP will den Verbraucherschutz verbessern und dazu die Lebensmittelkontrollen in NRW ausweiten. „Der Anspruch des Verbrauchers auf ein sicheres Lebensmittelangebot hat für die FDP Priorität. Das Vertrauen des Verbrauchers in die Lebensmittelsicherheit und eine klare Produktkennzeichnung müssen daher gesichert werden“, betont der verbraucherschutz-



politische Sprecher der FDP-Fraktion, Holger Ellerbrock (Foto). Die Verbraucher müssen vor gesundheitsschädlichen, nicht verzehrfähigen Lebensmitteln geschützt werden. „Die Sicherheit unserer Lebensmittel ist einer der sensibelsten Bereiche des Verbraucherschutzes. Minderwertige und verdorbene Nahrungsmittel machen krank“, betont Ellerbrock. Händler oder Produzenten, die solche Produkte unter falschem Etikett in den Markt brächten, würden nicht nur ihre Kunden betrügen, sondern deren Gesundheit massiv gefährden. „Schwarze Schafe bringen in der Regel eine ganze Branche in Verruf und

zerstören das Vertrauen der Verbraucher in die ehrlichen Produzenten und Händler.“

Ellerbrock bemängelt, dass zehn Jahre rot-grüner Verbraucherschutzpolitik in NRW trotz vieler Worte eher einen Rückschritt in Sachen Lebensmittelsicherheit gebracht hätten. „Die zersplitterte und oft ineffiziente Struktur der amtlichen Lebensmittelüberwachung wird daher

im Rahmen der Verwaltungsstrukturreform von uns schnellstens modernisiert.“

Die von der Landesregierung geplante Konzentration der kommunalen und staatlichen Untersuchungsämter von 15 auf etwa ein halbes Dutzend integrierter Untersuchungsämter sei dabei ein wichtiger Schritt. „Damit diese Reform auch wirklich ein Mehr an Lebensmittelsicherheit für die Verbraucher bringt, sind aber weitere Schritte erforderlich.“

Das Konzept der FDP zur Lebensmittelsicherheit ruht auf drei Säulen: Der betrieblichen Eigenkontrolle, der amtlichen Überwachung

sowie dem bewusstem Konsumverhalten. Innerhalb dieses Konzeptes spricht sich die FDP für eine Ausweitung der amtlichen Kontrollen aus. „Dies kann nur mit einer verstärkten Einbeziehung der privaten Laborkapazitäten gelingen“, erklärt der FDP-Verbraucherschutz-Experte. Die derzeit 15 staatlichen und kommunalen Untersuchungsämter hätten nämlich nur begrenzte Laborkapazitäten. Im Idealfall wird die Zahl von derzeit 100.000 behördlichen Proben pro Jahr, auf 200.000 verdoppelt.

Die FDP schlägt darüber hinaus eine Arbeitsteilung zwischen staatlichen und privaten Kontrolleuren vor. Die Behörden sollen weiterhin für die Entnahme der Proben in Produktionsanlagen, Kühlhäusern und Geschäften zuständig sein. „Die Analyse kann dann von zertifizierten Privaten vorgenommen werden.“ Der Staat solle erst dann wieder ins Spiel kommen, wenn nach entdeckten Mängeln Konsequenzen gezogen werden müssten. „Außerdem sollen die Behörden als Kontrolleur der Kontrolleure für die Überwachung der privaten Labore und der betrieblichen Eigenkontrolle zuständig sein“, sagt Ellerbrock.



## Ganztag statt Samstag

### Sechstageswoche an NRW-Schulen ist der falsche Weg



Die generelle Einführung des Samstagunterrichts ist der hilflose Versuch der schwarz-gelben Landesregierung von der eigentlichen Aufgabe abzulenken, den Ganztag flächendeckend auszubauen. CDU und FDP haben ohne begleitendes Konzept das Abitur nach zwölf Schuljahren in Nordrhein-Westfalen eingeführt. Für Gymnasiastinnen

und Gymnasiasten bedeutet das zwangsläufig mehr Unterricht bis in den Nachmittag hinein. Aber weil vor allem CDU-Schulministerin Sommer offensichtlich überfordert ist, gibt es kein pädagogisches Ganztagsprogramm. Es gibt keine finanziellen Hilfen für ein Mittagessen und keine zusätzlichen Investitionsmittel für Kantinen oder für Räume für die Hausaufgabenbetreuung. Der massive Protest der Eltern ist berechtigt.

Aber anstatt die Städte und Gemeinden jetzt beim weiteren Ausbau des Ganztags zu unterstützen, gibt die Landesregierung den Samstag für den Unterricht generell frei. Diese vermeintliche Wahlfreiheit ist eine Billiglösung für das Land. Am Ende fehlen den Kommunen die finanziellen Mittel, den Kindern und Eltern die wichtige gemeinsame Familienzeit am Wochenende und den

Schülerinnen und Schülern ein pädagogisch durchdachter Ganztag. Auch hier hagelt es Proteste; 75 Prozent Ablehnung in den Umfragen sprechen eine deutliche Sprache.

Dass die Sechstageswoche für die Schülerinnen und Schüler der falsche Weg ist, liegt auf der Hand: Der freie Samstag bzw. das Wochenende dient der Erholung und wird von den Familien für gemeinsame Aktivitäten genutzt. Viele Lehrerinnen und Lehrer nutzen den Samstag bzw. das Wochenende für Unterrichtsvorbereitung, Klausurkorrekturen und Fortbildung. Außerdem hat die Regierung Rüttgers den Schulen auferlegt, dass Elternsprechtage auch samstags stattfinden. Ein großer Teil der Kinder und Jugendlichen nimmt insbesondere am Samstag an Sportveranstaltungen teil oder besucht sie. Den Kommunen würden zusätzliche Kosten etwa für das Heizen der Schulgebäude, für Personal und vor allem für Schülerfahrtkosten entstehen. Für die SPD im Düsseldorfer Landtag ist klar: Ganztag statt Samstag! ■



## Schule am Samstag – nein danke!



Kinder gehören am Samstag zu ihren Familien und nicht in die Schule. Der aktuelle Erlass des Schulministeriums zur Wiedereinführung des Samstagunterrichts unterstreicht, dass CDU und FDP die Konsequenzen ihrer bildungspolitischen Entscheidungen nicht überblicken. Das gilt besonders auch für die Schulzeitverkürzung am Gymnasium, die schon in der fünften und sechsten Klasse den Schultag bis weit in den Nachmittag ausdehnt. Hierfür sind die Schulen nicht ausgestattet. Es fehlen Räume für Bewegung und Entspannung, es fehlen Mensen und Küchen. Es fehlt ein warmes Mittagessen für die Kinder und Jugendlichen. Es fehlt ein vernünftig strukturierter und entsprechend ausgestatteter Ganztag nicht nur an den Gymnasien.

Der neue Erlass ist der Offenbarungseid der Landesregierung in Sachen Ganztag. Statt mehr Zeit für ein neues Lernen im Ganztag zu ermöglichen und dabei die Erkenntnisse aus der Neurobiologie und Lernpsychologie für besseren Unterricht umzusetzen, sollen nach längst überholtem Muster althergebrachte Stunden auf sechs Tage verteilt werden. Die Regierung will sich mit dieser für das Land billigsten al-

ler Lösungen aus der Affäre ziehen. Da stört es auch nicht, dass die wenige Zeit, die eine Familie gemeinsam verbringen kann, geopfert werden muss. Übrigens: Auch Lehrerinnen und Lehrer haben Familie! Arbeitnehmerrechte scheinen bei der Landesregierung aber eh abgeschrieben. Der Erholungsbedarf von Schülerinnen und Schülern oder das Recht auf freie Zeit spielen ebenso wenig eine Rolle.

Wir brauchen den Ganztag für alle Schulen und keine Ausweichmanöver. Wir brauchen einen neuen Rhythmus in der Schule, mehr Zeit für das Lernen und für ein verbessertes Klima zwischen Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern sowie den Eltern. Wir brauchen auch eine Familienzeit,

die frei ist vom Schuldruck. Mit unserem Antrag „Ganztag statt Samstag“ fordern wir die Landesregierung auf, die Kinder am Samstag in ihren Familien zu lassen, und stattdessen einen konsequenten Ganztagsausbau auf den Weg zu bringen. ■



# Ziel: Gerechtere Arbeitszeiten

## Ausschuss hört Experten zu neuen Berechnungsmodellen

*Lehrer lehren, bereiten Unterricht vor und nach. Alle gleichermaßen oder gibt es Unterschiede? Eine Untersuchung aus dem Jahr 1999 hat erhebliche Differenzen zu Tage gefördert. Was an Arbeit auf den einzelnen Pädagogen zukommt, ist von vielen Faktoren abhängig: Muss der Lehrer Klassenarbeiten und Klausuren stellen und korrigieren? Bringt er sich aktiv in Schulentwicklungsprozesse ein? Zwei Arbeitszeitmodelle, eins aus Hamburg und das andere aus Minden, versuchen hier eine Klärung.*

Viele Lehrer fordern seit Jahren eine gerechtere Verteilung der Arbeitslast. Ein neues Modell muss her – zunächst zumindest im Modellversuch, fordern daher CDU und FDP in ihrem Antrag „Gerechtere und flexiblere Lehrerarbeitszeiten schaffen!“ (Drs. 14/4013). Welche Ansätze es bereits gibt, ließ sich der Schulausschuss (Vorsitz Dr. Wolfgang Große Brömer, SPD) jetzt von Experten erläutern. Besonders dabei im Fokus: das so genannte Mindener Modell.

Oberstudiendirektor Michael Paul und seine Kollegen am Freiherr-vom-Stein-Berufskolleg in Minden orientierten sich an der in Hamburg geltenden Regelung. Sie haben für jedes Fach den reinen Unterrichtsaufwand errechnet. Für Mathematik in Klasse 10 gebe es zum Beispiel eine Anrechnung von 186 Zeitstunden. Alle anderen Bereiche seien so genannte Systemzeiten. Darin ist alles enthalten, von der Stundenplanung bis zur Fortbildung und von der Klassenfahrt bis zur Unterrichtsentwicklung. Damit könne man dann auch „sehr punktgenau abrechnen“, sodass jeder im Kollegium weiß, „wo seine quantitative Arbeitszeit gerade steht“. Ein Modell, noch in der Erprobungsphase. Für Michael Paul schon jetzt ein Erfolg: „Wir können sagen, dass sich die Strukturen immer kla-

rer darstellen, dass wir damit auch den Nachweis der schulischen Arbeit bringen können und – was uns ganz wichtig ist –, dass wir die Schule als solche auch steuern können.“

Ein Modell, das vielleicht Schule machen kann. So hält auch Oberstudiendirektor Christoph Gralla vom benachbarten Mindener Herder-Gymnasium die Idee für mindestens „entwicklungsfähig“. Auch wenn man Details anders regeln wolle. Das jetzige Pflichtstundenmodell beinhalte zunächst einmal ganz allein den Unterricht. Die Entlastungsstunden seien bisher grundsätzlich für Korrekturen genommen worden. „Schulentwicklung ist mit aktiven Kolleginnen und Kollegen, die dafür nicht eine Minute angerechnet bekommen haben, nebenbei gelaufen. Damit ist das Pflichtstundenmodell nicht geeignet, um über Jahre hinweg ein motiviertes Kollegium zu haben“, so das Fazit. Am Herder-Gymnasium hat man sich trotzdem erst im zweiten Anlauf entschieden, einmal ein neues Modell auszuprobieren – demokratisch im Kollegium verabschiedet.

Ganz genau hinsehen, lautete der Rat von Oberstudiendirektor Helmut Breitkopf-Inhoff. Der Leiter des Bochumer Louis-Baare-Berufskollegs warnte davor – analog zu Hamburg – für Lehrer, die „nur unterrichten“, die Arbeits-

zeiten zu erhöhen. Auch mit der Pauschalierung von Korrekturzeiten und generalisierenden Zeitkontingenten für Unterricht hat er seine Probleme.

Nicht das Arbeitszeitmodell sei das Problem, sondern die Tatsache, dass der Arbeitgeber Land in der Vergangenheit den Lehrkräften immer mehr aufgebürdet habe, so die Analyse von Andreas Meyer-Lauber für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Das System der Pflicht- und Anrechnungsstunden halte noch zahlreiche Stellschrauben bereit, die Arbeit an Schulen gerechter zu verteilen. Allerdings dürfe die Landesregierung dann nicht hergehen – wie seit 1990 geschehen – und die Ausgleichsstunden um 40 Prozent reduzieren. Auch die Streichung von 120 Lehrerstellen an Gesamtschulen und das neue Landespersonalvertretungsgesetz seien kontraproduktiv.

### ZWIESPÄLTIGE ERFAHRUNGEN

Lernen vom Original – auch von dessen Fehlern: In Hamburg hat man mit dem neuen Modell durchaus zwiespältige Erfahrungen gemacht. Gerechter, mehr Spielraum für außerunterrichtliche Aktivitäten und eine Stärkung der Schulleitung, so die Pro-Argumente von Mitbegründer Professor Dr. Klaus Klemm (Universität Duisburg-Essen). Hinzu komme die Wirtschaftlichkeit, argumentierte der Hamburger Staatsrat a. D. Dr. Reiner Schmitz. Er sprach sich dabei gegen Einzellösungen an Schulen und für ein allgemeines Dienstrecht aus.

Genau die Beschränkung auf die betriebswirtschaftliche Sicht sei im pädagogischen Alltag in Hamburg aber das Problem, konterte der dortige Gesamtpersonalrat Hans Voß. Hier gehe der NRW-Antrag einen Schritt weiter, formuliere sehr ambitionierte Ziele. „Behalten Sie diese im Auge“, so seine Ermunterung. vok



## Toleranz ...

... Verbundenheit und Verständigung zwischen den Völkern vor allem des Nahen Ostens will die Deutsch-Israelische Gesellschaft in Berlin erreichen. Ihr Präsident, Dr. h.c. Johannes Gerster (r.), hat sich jetzt im Landtag mit der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe und ihrem Vorsitzenden Edgar Moron (l.) zu einem regen Gedankenaustausch getroffen. Gerster war fast ein Jahrzehnt lang für die Konrad-Adenauer-Stiftung in Israel tätig. Foto: Schälte

## Porträt: Franz-Josef Knieps (CDU)



Für Franz-Josef Knieps ist Verlässlichkeit die Grundvoraussetzung für politischen Erfolg. „Es ist ganz wichtig, dass Politiker während der Wahlperiode das tun, was sie vor der Wahl versprochen haben. Wenn die Bürger merken, dass man ehrlich mit ihnen umgeht und außerdem seine Argumente einleuchtend untermauert, dann gibt es auch dann Zustimmung, wenn die Botschaft bitter ist“, weiß der Christdemokrat aus Erfahrung. Daran halte sich die schwarz-gelbe Koalition, die seit der Landtagswahl 2005 im Amt ist. Der Abgeordnete zählt auf: „Wir haben das Schulgesetz genau in dem Sinn geändert, wie es nach Auffassung des Mittelstands notwendig war. Auch in der Lehrstellenfrage und auf dem Gebiet der Entbürokratisierung ist die Regierung auf dem richtigen Weg.“ Ebenso seien in der Energiepolitik die Weichen sinnvoll gestellt, bilanziert der CDU-Politiker und Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses zufrieden.

Obwohl Franz-Josef Knieps dem Landtag erst seit 2005 angehört, spricht aus ihm der Polit- und Wirtschaftsprofi. Das kommt nicht von ungefähr, denn der gestandene Handwerker ist nicht nur seit 1968 parteipolitisch in der CDU, vor allem im Kölner Rat und der Mittelstandsvereinigung aktiv, sondern er hat sich als langjähriger Obermeister der Bäckerinnung Köln/Erftkreis, als Mitglied der Handwerkskammer und als Präsident des Westdeutschen Handwerkskammertags einen Namen gemacht. Seine Erfahrungen in all die-

sen Bereichen haben Knieps beim Eintritt in den Landtag geholfen, schnell Fuß zu fassen und im einflussreichen Wirtschaftsausschuss Vorsitzender zu werden. Auf dieses Amt müsse man normalerweise jahrelang warten, weiß Knieps. Bei ihm kamen Geschick, Können und ein gehöriges Quäntchen Glück zusammen. Ein Job wie maßgeschneidert für Franz-Josef Knieps. Als der CDU-Mann nach Rücktritt des alten bei der Beratung über einen neuen Vorsitzenden nach seiner Meinung gefragt wurde, wagte er keck den Vorschlag: „Also Leute, ich könnte mir vorstellen, dass ich das mache!“ – und wurde prompt gewählt.

### EHRENTITEL

Ähnlich rasant wie seine Karriere im Landtag war zuvor schon sein Einstieg ins Parlament; Franz-Josef Knieps wurde geradezu in den Landtag katapultiert. Im Vorfeld trat er in der Kölner CDU mutig als Gegenkandidat von Richard Blömer an, der damals unter dem Verdacht der Steuerhinterziehung stand. Knieps gewann. Noch größer war dann der Erfolg bei den Landtagswahlen. Die Bürger belohnten seinen Mut mit fast neun Prozent Vorsprung vor dem SPD-Konkurrenten. „Ich habe viel Zuspruch bekommen, weil ich in keine Skandale verwickelt war und den Vorstellungen der mittelständischen und wirtschaftlich interessierten Wählerschaft in meinem Wahlkreis entsprochen habe“, beurteilt Knieps selber den Erfolg.

So erteilt er dann den CDU-Mitgliedern in seinem Wahlkreis alle halbe Jahr eine Art Rechenschaftsbericht. Für die übrigen Bürger gibt es Sprechstunden und Einladungen in den Landtag. 2006 hat ihn die Landeszentrale für politische Bildung NRW für seine zahlreichen Aktivitäten mit dem Titel des „besten Abgeordneten 2006“ ausgezeichnet. Darauf angesprochen, ob er auch für die nächste Legislaturperiode kandidieren wird, sagt er nur: „Mir macht die Arbeit sehr viel Spaß. Ich sehe, dass wir im Team etwas bewegen können, dass es vorangeht. Kurz ich sehe den Erfolg und das macht Spaß. Ich will jetzt im Landtag gute Arbeit leisten und die Frage der Kandidatur entscheide ich dann, wenn sie ansteht.“

Der Privatmann Franz-Josef Knieps ist seit 39 Jahren verheiratet, hat zwei Kinder und drei Enkelkinder und hat sich aus Spaß an der Freude eine kleine Konditorei eingerichtet, in der er immer noch gerne backt und sich als Hobbykoch betätigt. „Ich koche aus Begeisterung für meine Frau und die Familie“, verrät er. Sportlich fährt er Ski und spielt zur Entspannung Golf. **Autorin: Gerlind Schaidt**

## FCL: Alle Chancen versiebt

Ein wahres spielerisches Feuerwerk brannte der FC Landtag NRW in Olsberg zu Beginn der Begegnung mit dem WDR Südwestfalen ab. Hubert Kleff, Walter Kern, Jürgen Unruhe, Wolfgang Euteneuer, Norbert Stiens und Frank wirbelten, dass es eine wahre Pracht war. Dabei sprangen auch Einschusschancen für den FCL heraus. Allein, sie blieben ungenutzt. Der WDR kam in der ersten Halbzeit ganze zwei Mal vor den von Jörg Krause gehüteten FCL-Kasten. Beide Male profitierte er davon, dass die Abwehr des FCL weit aufgerückt war und unaufmerksam agierte. Beim ersten Mal konnte die Gefahr gerade noch bereinigt werden, beim zweiten Mal zapfelte der Ball im FCL-Netz: 0:1.

Der FCL verlor an spielerischer Leichtigkeit, hatte aber nach wie vor glänzende Möglichkeiten. Nach einer Flanke von Walter Kern, die Willi Nowack im Sturmzentrum mit dem Kopf in die untere Torecke platzierte, hatten die Spieler bereits den Torschrei auf den Lippen. Eine tolle Parade des Gästekeepers ließ aber den Jubel ersterben.

Auch die zweite Halbzeit hatte der WDR-Torwart ausreichend Gelegenheit sich auszuzeichnen. Der FCL drückte mit Macht, Flanke auf Flanke segelte in den Sechzehner des WDR. Aber auch klarste Chancen wurde versiebt. Hinten sicherten derweil nur noch Jens Petersen und Werner Sesterhenn ab. Es kam, wie es kommen musste. Der WDR konterte und versenkte schließlich den Ball zu seinem zweiten Tor im FCL-Gehäuse. Statt eines Sieges von 1:1, wenn man die Chancen wertet, trotteten die FCL-Männern mit 0:2 geschlagen vom Platz. ■

**Herausgeberin:** Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinker, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

**Redaktion:** Jürgen Knepper (Chefredakteur), Axel Bäumer (Redakteur), Bernd Schälte (Fotoredaktion)

Redaktionelle Mitarbeiterin: Doro Dietsch  
Telefon (0211) 884-2304, 884-2545, 884-2309 und 884-2450  
Fax 884-3070, email@landtag.nrw.de

**Redaktionsbeirat:** Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Remmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin. Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

**Satz:** de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

**Herstellung und Versand:**

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

**Internet-Adressen:** www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

**LANDTAG INTERN** wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichten Papier gedruckt.

## Geburtstagsliste

Vom 27. August bis 17. September 2007

27.8. Ulla Meurer (SPD)	52
28.8. Edgar Moron (SPD)	66
29.8. Ursula Doppmeier (CDU)	55
31.8. Thomas Trampe-Brinkmann (SPD)	47
1.9. Christian Möbius (CDU)	41
2.9. Thorsten Schick (CDU)	36
10.9. Wolfgang Aßbrock (CDU)	55
15.9. Dr. Stefan Berger (CDU)	38
16.9. Britta Altenkamp (SPD)	43
17.9. Anke Brunn (SPD)	65
17.9. Dr. Gerd Hachen (CDU)	55

**Jürgen Girgensohn** (SPD), Landtagsabgeordneter von 1966 bis 1985 und NRW-Kultusminister von 1970 bis 1983, ist im Alter von 82 Jahren in Nottingham/England gestorben. Der ausgebildete Lehrer Girgensohn in der Kommunalpolitik tätig, bevor er Nachfolger von Kultusminister Professor Fritz Holthoff (SPD) wurde. Er verbesserte die Situation der Grundschulen, scheiterte aber mit seinem Versuch, die integrierte Gesamtschule als Regelschule in NRW einzuführen. Sie kam dann in der Form einer gleichberechtigten Angebotsschule. Im Oktober 1983 trat Girgensohn als Minister zurück.

**Rüdiger Sagel**, Landtagsabgeordneter aus Münster, hat vor der Sommerpause seinen Austritt aus der GRÜNE-Partei erklärt und ist aus der Landtagsfraktion ausgeschieden. Mit seinem Austritt hat Sagel den Grünen ihren Status als drittstärkste Fraktion im Landtag genommen. Er gehört dem Landtag derzeit als fraktionsloser Abgeordneter an.

**Helmut Breuer**, langjähriger NRW-Landeskorrespondent, ist im Alter von 68 Jahren in Mönchengladbach gestorben. Breuer hatte sich als Journalist Anfang 2006 in den Ruhestand verabschiedet. Zuvor hatte er in 41 Berufsjahren als landespolitischer Korrespondent gearbeitet. Landtagspräsidentin **Regina van Dinter** würdigte den Verstorbenen als Berichterstatter, der den Bürgerinnen und Bürgern geholfen habe, sich ein Bild der Politik und der Politiker in diesem Land zu machen.

## Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 23. August 2007 ein: Um 8 Uhr zum Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und um 9.15 Uhr zur Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



## Leichtigkeit ...

... und Bodenständigkeit: Der Paderborner Dom (und nicht nur er) gibt die Kulisse für ein fröhliches und unbeschwertes Fest ab. Der Nordrhein-Westfalen-Tag an den Quellen der Pader beginnt mit einem öffentlichen Konzert der Nordwestdeutschen Philharmonie im Marstall-Innenhof; zuvor wird es eine Sitzung des Landeskabinetts im Audienzsaal des Schlosses geben. Der offiziellen Eröffnung am 25. August geht ein ökumenischer Gottesdienst voraus. Dann rollt an zwei Tagen ein vielfältiges und buntes Programm ab, an dem auch der Landtag sich beteiligt, bis am Sonntag ab 21 Uhr der NRW-Tag an den zahlreichen Bühnen ausklingt. Das ist dann der Schlusspunkt „toller Festtage und für unterhaltsame Stunden und beeindruckende Begegnungen in und mit Paderborn“, wie sie sich der Bürgermeister der gastgebenden Stadt Heinz Paus gewünscht hat.

Foto: Verkehrsverein Paderborn e.V.